

Inhaltsverzeichnis

1. Aufgaben des JFDA	4
2. Grundlagen der Bildungsarbeit des JFDA	5
3. Kooperationen	7
4. Öffentlichkeitsarbeit	8
4.1 Dokumentation von Kundgebungen und Demonstrationen	8
4.2 Interviews	13
4.3 Veranstaltungen	14
4.4 Borgmanns Blick	16
5. Bildungsprojekte	19
5.1 "Vorurteile abbauen, antisemitische Ressentiments bekämpfen"	19
5.1.1 Handlungskonzept	20
5.1.2 Auswahl an Workshops	21
5.1.3 Kooperationspartner	21
5.1.4 Unterstützer:innen	21
5.1.5 Förderer	22
5.2 "Augen auf! Rassismus und Einwanderungsfeindlichkeit entgegentreten"	22
5.2.1 Projektziele	23
5.2.2 Handlungskonzept	23
5.2.3 Auswahl an Workshops	24
5.3 KeEzrach *Wie ein Mitbürger – Konfliktprävention im Kontext von Flucht und Inte der Einwanderungsgesellschaft	
5.3.1 Zielgruppen	24
5.3.2 Methoden und Angebote	24
5.3.3 Formate	24
5.3.4 Auswahl an Veranstaltungen	25
5.4 Be'Jachad – Gemeinsam Gegen Hass	25
5.4.1 Konzept	25
5.4.2 Ziel	26
5.4.3 Zielgruppen	27
5.4.4 Beispiel einer Veranstaltung	27
5.5 Mitzpe – Recherchezentrum Antisemitismus und Demokratiegefährdungen	27
5.5.1 Bedarfslage	27
5.5.2 Das Projekt	
5.5.3 Zielgruppen	29
5.5.4 Projektziele	29
5.5.5 Methoden	
5.6 Projektbeirat für alle Projekte des JFDA	31

6. Publikationen	33
6.1 Die freiheitliche Demokratie gegen Antisemitismus verteidigen!	33
6.2 Analyse der Bundestagswahl 2017	44

1. Aufgaben des JFDA

Am 30. April 2008 wurde das von Lala Süsskind und Levi Salomon initiierte Jüdische Forum für Demokratie und gegen Antisemitismus (JFDA e.V.) mit der Unterstützung der Jüdischen Gemeinde zu Berlin gegründet.

Seit 2012 ist das Forum als gemeinnütziger Verein tätig. Die Tätigkeit des JFDA zielt auf die Stärkung des demokratischen Staatswesens, die Förderung des interreligiösen und interkulturellen Austauschs sowie die Unterstützung politisch, rassistisch oder religiös Verfolgter. Hierzu gehört der Kampf gegen Antisemitismus und Rassismus u.a. Formen der Diskriminierung. Wir unterstützen hierfür demokratische Institutionen und die Zusammenarbeit zivilgesellschaftlicher Akteure zum Schutz der Menschenrechte und des Grundgesetzes.

Antisemitismus wird – in Anlehnung an die Working Definition of Antisemitism der OSZE – als Hass gegen Juden sowie Personen und Institutionen, die mit dem Judentum in Verbindung gebracht werden, verstanden, der sich sowohl verbal, als auch durch Gewalt manifestieren kann. Antisemitismus kann sich auch als Antizionismus ausdrücken. Hierbei wird an Stelle der "Juden" die zionistische Bewegung – nämlich das Recht der Juden auf einen Staat – angegriffen und/ oder in Frage gestellt. Ebenso wird berechtigte Kritik an diesem demokratischen Staat genutzt, um durch überzogene und einseitige Stellungnahme den Staat Israel zu diffamieren und zu delegitimieren.

Das JFDA verfolgt seine Ziele durch Bildungs-, Öffentlichkeits- und Kulturarbeit, wie die Implementierung von Bildungsprojekten und Workshops, Organisation von Vortragsreihen und Konferenzen, die Herausgabe von Resolutionen und Publikationen, sowie das Erstellen von Dokumentationen und Studien. Außerdem führt es eine unabhängige Feldbeobachtung durch, erfasst und bewertet antisemitische Vorfälle und Tendenzen, sowie andere gegen das Grundgesetz und die Menschenrechte gerichtete Vorkommnisse. Damit sollen die Öffentlichkeit sowie staatliche Institutionen auf Probleme aufmerksam gemacht und für Gegenmaßnahmen gewonnen werden.

2. Grundlagen der Bildungsarbeit des JFDA

Das JFDA betrachtet die folgenden Grundsätze als Grundlage seiner Bildungsarbeit und seiner Zusammenarbeit mit anderen Organisationen und Akteuren:

Die normative Grundlage der Bildungsarbeit des JFDA und seiner Kooperation mit anderen Organisationen und Partnern ist das aktive Eintreten für die Normen und Werte des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland, der EU-Grundrechtecharta, der Europäischen Menschenrechtskonvention und des Internationalen Pakts über bürgerliche und politische Rechte sowie des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes.

In seiner Bildungsarbeit gewährleistet das JFDA maßgebliche fachliche Standards wie etwa den "Beutelsbacher Konsens" (Überwältigungsverbot/Indoktrinationsverbot, Kontroversitätsgebot, Teilnehmendenorientierung und Förderung von im Sinne des längerfristigen Allgemeininteresses verantwortlicher Beteiligungskompetenz). Dabei tritt es aktiv für die freiheitliche demokratische Grundordnung des politischen Gemeinwesens ein, die unter Ausschluss jeglicher Gewalt- und Willkürherrschaft eine rechtsstaatliche Ordnung auf der Grundlage der Selbstbestimmung des Staatsvolkes nach dem Willen der jeweiligen Mehrheit und der Freiheit und Gleichheit darstellt.

In seiner Bildungsarbeit nimmt das JFDA also Partei für

die Achtung der Menschenwürde sowie der rechtswirksam verbrieften allgemeinen und unteilbaren Menschenrechte, vor allem (a) des Rechts der Persönlichkeit auf Leben und freie Entfaltung, (b) des Rechts jedes Menschen auf die unbeeinträchtigte Freiheit, eine Religion oder Weltanschauung zu haben, anzunehmen und zu wechseln sowie sie einzeln oder gemeinsam mit anderen öffentlich oder privat durch Gottesdienst, Unterricht, Bräuche und Riten auszuüben und zu bekennen und (c) des Rechts auf Schutz vor Diskriminierungen, insbesondere wegen des Geschlechts, der Abstammung oder Hautfarbe, der genetischen Merkmale, der nationalen, ethnischen oder sozialen Herkunft, der Sprache oder kulturellen Identität, der Religion oder der Weltanschauung, des Vermögens oder der sozialen Stellung, einer Behinderung, des Alters oder der sexuellen Identität,

die Souveränität des Staatsvolkes (Volkssouveränität, also das Recht des Staatsvolkes, die Staatsgewalt in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe auszuüben und die Volksvertretung in allgemeiner, unmittelbarer, freier, gleicher und geheimer Wahl zu wählen),

die Gewaltenteilung (Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung),

die Verantwortlichkeit der Regierung,

die Gesetzmäßigkeit der Verwaltung,

die Unabhängigkeit der Gerichte sowie

das Mehrparteienprinzip und die Chancengleichheit für alle politischen Parteien mit dem Recht auf verfassungsmäßige Bildung und Ausübung einer Opposition.

Mit dem aktiven Eintreten für die Menschenrechte und Grundfreiheiten sowie für die freiheitliche demokratische Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland (im Sinne des BVerfGE 2, 1/SRP-Beschlusses) ist für das JFDA untrennbar das aktive Eintreten für das Existenzrecht und die Sicherheit Israels als konstitutives und verpflichtendes politisches Prinzip des freiheitlich-demokratischen deutschen Nationalstaates nach der Shoah verbunden.

Mit diesem Prinzip ist das aktive Eintreten für das das Recht des jüdischen Volkes gemeint, seine nationale Heimstätte im Land Israel als Staat Israel wieder zu errichten und zu verteidigen, der allen Jüdinnen und Juden offensteht, all seinen Bürgerinnen und Bürgern ohne Unterschied von Religion,

Abstammung, Herkunft und Geschlecht, soziale und politische Gleichberechtigung verbürgt und das Land zum Wohle aller Einwohnerinnen und Einwohner entwickelt. Die Solidarität mit diesem Staat Israel, der sich (im Sinne seiner Unabhängigkeitserklärung vom 14. Mai 1948) als nationale Heimstätte des jüdischen Volkes auf Freiheit, Gerechtigkeit und Frieden im Sinne der Visionen der Propheten Israels gründet und seinen arabischen Bürgerinnen und Bürgern volle bürgerlicher Gleichberechtigung verbürgt, die Heiligen Stätten unter seinen Schutz nimmt und sich – den Grundsätzen der Charta der Vereinten Nationen verpflichtet – um Frieden und Zusammenarbeit mit seinen Nachbarvölkern bemüht, steht für das JFDA als bestimmender Grundsatz jeder legitimen deutschen Politik nicht zur Disposition.

Der Grundsatz des aktiven Eintretens für das Lebensrecht und die Sicherheit Israels ist durchaus mit Kritik an der israelischen Regierungspolitik sowie an bestimmten Verhältnissen und/oder Vorgängen in Israel vereinbar – sofern

dabei der Staat Israel nicht dämonisiert wird, an ihn keine besonderen Maßstäbe angelegt werden (doppelte Standards: etwa indem von Israel ein Verhalten gefordert wird, das von keinem anderen demokratischen Staat erwartet und verlangt wird) und nicht als Staat und nationale Heimstätte des jüdischen Volkes im Land Israel delegitimiert wird,

zur Beschreibung Israels weder auf antisemitische Stereotype und Verschwörungsideologien noch auf sachwidrige Vergleiche (etwa mit dem deutschen Nationalsozialismus) zurückgegriffen wird und für die israelische Regierungspolitik nicht pauschal "die Juden" verantwortlich gemacht werden.

In der politischen Bildungsarbeit des JFDA liegt ein besonderer Fokus auf der Auseinandersetzung mit allen Formen des Antisemitismus, namentlich mit traditionellen antijudaistischen und rassistischen sowie auf Verschwörungsideologien gegründeten, aber auch moderneren subtilen, etwa auf die Umkehr von Täter-Opfer-Verhältnissen gerichtete, auf die Thematisierung der Schoah bezogene, auf Israel bezogene ("antizionistische") oder - nicht ausdrücklich auf das Judentum bezugnehmende - auf "klassisch"-antisemitische Stereotype gegründete (strukturell-antisemitische) Wahrnehmungen von Juden, die sich als Hass gegenüber Juden ausdrücken können. Dabei richtet sich Antisemitismus in Wort oder Tat gegen jüdische oder nicht-jüdische Einzelpersonen und/oder deren Eigentum, sowie oder religiöse Einrichtungen (vgl. Gemeindeinstitutionen Arbeitsdefinition "Antisemitismus" der Europäischen Stelle Beobachtung Rassismus zur von und Fremdenfeindlichkeit/EUMC, European Monitoring Centre on Racism and Xenophobia).

Dabei legt das JFDA in seiner Bildungsarbeit darauf Wert, dass der Antisemitismus – also die politisch, sozial, rassistisch oder religiös grundierte Feindschaft gegenüber Juden – einerseits als besonderes Diskriminierungsmuster benannt und erkennbar gemacht und andererseits auch im weiteren Kontext der – rassistischen, ethnozentriert-kulturalistischen und religionsbezogenen, aber auch sozialen, sexistischen, LSBTIQ-feindlichen u.a. – Diskriminierung und Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit behandelt wird.

3. Kooperationen

Viele der aktiven Mitglieder des JFDA sind auch in anderen Initiativen und Organisationen tätig. Sie stärken die Kontakte und die Vernetzung des JFDA z.B. mit dem Lesben- und Schwulenverband in Deutschland (LSVD), dem schwulen Anti-Gewalt-Projekt MANEO (Mann-O-Meter e.V.), der Deutsch-Israelischen Gesellschaft (DIG e.V.), zur Synagogengemeinde Berlin Bet Haskala und der Union Progressiver Juden sowie den Scholars for Peace in the Middle East (SPME).

Das JFDA ist auch im Bereich der Zusammenarbeit mit Presseorganen gut vernetzt. Kooperative Arbeitsbeziehungen, die im inhaltlichen Austausch und gelegentlich in Veranstaltungen Ausdruck finden, bestehen mit der Berliner Landeszentrale für politische Bildung, mit der jüdisch-deutschen WerteInitiative, mit dem Verein für Demokratie und Vielfalt in Schule und beruflicher Bildung (DEVI), mit der Ibn-Rushd-Goethe-Moschee, mit dem Türkischen Bund Berlin Brandenburg (TBB) und der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz (EKBO).

Kooperationsvereinbarungen des JFDA bestehen mit der Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus (RIAS) und Schule OHNE Rassismus – Schule MIT Courage (SOR-SMC, Trägerverein: Aktion Courage) sowie mit dem Bezirksamt Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin.

4. Öffentlichkeitsarbeit

4.1 Dokumentation von Kundgebungen und Demonstrationen

Im Jahr 2018 beobachtete das Jüdische Forum zahlreiche rechtsextreme, antisemitische, rassistische und antiisraelische Demonstrationen und Kundgebungen. Dabei wurden Foto- und Videoaufnahmen angefertigt, die in der Datenbank des JFDA abgelegt wurden. Die Ergebnisse dieses Monitorings wurden regelmäßig und im Anschluss an die Beobachtungen auf dem YouTube-Kanal des JFDA veröffentlicht. Auf diesem können sie unter dem folgenden Link abgerufen werden: https://www.youtube.com/c/1%C3%BCdischesForum/videos

Daneben dokumentierte das JFDA anti-antisemtische und antirassistische Gegenproteste und Solidaritätskundgebungen aus einem demokratischen Spektrum, bei denen das JFDA zum Teil als Mitorganisator auftrat. Auch diese Veranstaltungen sind in der folgenden Auflistung berücksichtigt worden.

Die folgende Liste bietet einen Überblick über die dokumentierten Veranstaltungen:

- 2018-01-07 Dessau: Tausende gedenken Oury Jalloh in Dessau AfD protestiert gegen Demonstration
 - https://www.youtube.com/watch?v=17nNd-73TJs
- 2018-01-14 Berlin: Palaestina-Block_LL-Demo
- 2018-01-16 Berlin: Wolfgang Gedeon (AfD) darf "Holocaustleugner" genannt werden https://www.youtube.com/watch?v=1RTXzI3zwm0
- 2018-01-20 Cottbus: Zukunft Heimat
- 2018-01-22 Berlin: Israelgegner*innen instrumentalisieren "Women's March 2018" in Berlin https://www.youtube.com/watch?v=kquMLzIqD]8
- 2018-02-02 Berlin: Palästina-Kundgebung
- 2018-02-03 Berlin: Pressegespräch_Stop Extremism
- 2018-02-03 Cottbus: Protest gegen wachsende flüchtlingsfeindliche Demonstrationen in Cottbus
 - https://www.youtube.com/watch?v=lGrnYDHZEZ4
- 2018-02-09 Berlin: Palästina-Kundgebung
- 2018-02-10 Dresden: 600 Rechtsextreme bei shoahrelativierendem Gedenken in Dresden https://www.youtube.com/watch?v=uA3AZqjxhoY
- 2018-02-12 Berlin: Protest-gg-Empfang-iranischer-Botschaft
- 2018-02-17 Dresden: DEMO_Ittner-Bombardierung
- 2018-02-17 Berlin: Frauenmarsch
- 2018-03-01 Berlin-Johannisthal: Purim in Erstaufnahmeeinrichtung

- 2018-03-03 Berlin: Hitlergruß und offener Antisemitismus bei rechtsextremer Demo in Berlin https://www.youtube.com/watch?v=G0uVnoOuNos
- 2018-03-06 Berlin: Drei Männer wegen transfeindlichen Angriffs in Berlin verurteilt https://www.youtube.com/watch?v=MdgP8mSz7cY
- 2018-03-10 Berlin: Kundgebung-ITB-BDS_DFLP
- 2018-03-10 DKP Internationaler-Frauentag_Märtyrer
- 2018-03-16 Hamburg: verschiedene Aufnahmen
- 2018-03-18-19 Leipzig: Rechter Dominanzversuch auf Leipziger Buchmesse https://www.voutube.com/watch?v=flwBgyc21KQ
- 2018-03-20 Berlin: Veranstaltung mit David Feldman
- 2018-03-31 Berlin: Ostermarsch
- 2018-04_04 Vorbereitung-Ostritz: Tausende Neonazis zu Rechtsrock-Festival in Sachsen erwartet

https://www.youtube.com/watch?v=LgHqfGiyW5M

- 2018-04-08 Berlin: Hermannplatz, Free-Gaza-Demonstration
- 2018-04-13 Jüterbog: Zukunft-Heimat
- 2018-04-14 Berlin: Hermannplatz, Palästinenser-Kundgebung, Freiheit für politische-Gefangene
- 2018-04-17 Berlin: Antisemitischer Angriff in Berlin https://www.youtube.com/watch?v=6wyo3qsv7U8
- 2018-04-18 Berlin: "Marsch des Lebens" fordert Solidarität mit Juden https://www.youtube.com/watch?v=4A 6eI yt2U
- 2018-04-18 Berlin: NPD-Kundgebung_Kanzleramt_und_Merkel_muss_weg
- 2018-04-20 Berlin: Palästina_Marsch-der-Rückkehr_Neukölln
- 2018-04-20 Ostritz: Zahlreiche Straftaten tausend Neonazis bei Festival in Sachsen https://www.youtube.com/watch?v=6VM5nPea9cw
- 2018-04-25 Potsdam: Babelsberg_gegen_Lok_Leipzig
- 2018-04-25 Berlin: Berlin trägt Kippa Fasanenstraße/Rund 2000 Teilnehmer bei "Berlin trägt Kippa"

https://www.youtube.com/watch?v=YOjiI8Q-JL8

- 2018-04-25 Berlin: Berlin trägt Kippa Hermannplatz/Kundgebung gegen Antisemitismus abgebrochen
 - https://www.voutube.com/watch?v=rrhhNWM Bnk
- 2018-05-01 Berlin: 18 Uhr-Demo

- 2018-05-01 Berlin: Antisemitische Parolen beim "Roten ersten Mai" des Jugendwiderstands https://www.voutube.com/watch?v=lv8vPZ-m034
- 2018-05-01 Berlin: Wegen Transparent gegen Antisemitismus: Jugendwiderstand attackiert 1.
 Mai-Demo
 - https://www.youtube.com/watch?v=dXjCsoeA5_4&has_verified=1
- 2018-05-01 Chemnitz: Antisemitische Parolen bei Nazidemo in Chemnitz https://www.youtube.com/watch?v=fJ0TH_IVb84
- 2018-05-07 Berlin: Israeltag-Gendarmenmarkt
- 2018-05-09 Berlin: Pax_Terra_Demo_Russland
- 2018-05-13 Berlin: Nakba-Fest, Hermannplatz
- 2018-05-15 Berlin: Nakba-Kundgebung
- 2018-05-19 Berlin: Mit Hetze und Hass für den "Frieden" https://www.youtube.com/watch?v=gUSs_W7ytG4
- 2018-05-21 Cottbus: Cottbus_vs_Babelsberg03
- 2018-05-24 Berlin: Prozess_rassistischer_Angriff
- 2018-05-26 Berlin: Demo, Hand_in_Hand
- 2018-05-27 Berlin: Berlin wehrt sich gegen die AfD https://www.youtube.com/watch?v=yhxluksu630
- 2018-05-27 Berlin: Kippa-Flashmob-Hermannplatz
- 2018-05-27 Cottbus: Antiziganistische Parolen bei Aufstiegsfeier des FC Energie Cottbus https://www.youtube.com/watch?v=gEH6DJVu1-s
- 2018-05-31 Berlin: Abgeordnetenhaus-Antisemitismus-Antrag
- 2018-06-04 Berlin: Netanjahu-Besuch
- 2018-06-08 Themar: Neonazis veranstalten "Tage der nationalen Bewegung" https://www.youtube.com/watch?v=v9NZeMTWBiQ
- 2018-06-09 Berlin: Zulauf bei israelfeindlichem Al-Quds-Marsch in Berlin https://www.youtube.com/watch?v=QLW1VnH1LGQ
- 2018-06-09 Berlin: Feminismus von rechts? Frauenmarsch in Berlin https://www.youtube.com/watch?v=UEfcE2PYi_o
- 2018-06-09 Berlin: Videos_Wahrheit-spricht-Klartext_Videokonferenz
- 2018-06-11 Berlin: Güteverhandlung-Volkslehrer-Nerling
- 2018-06-14 Berlin: Neonazi-Kundgebung, Freiheit_für_Haverbeck
- 2018-06-17 Berlin: Kippaflashmob
- 2018-06-20 Berlin: Verhandlung Fackelwerfer

- 2018-06-24 Berlin: "Es war auch eine Attacke gegen den j\u00fcdischen Staat" Urteil im G\u00fcrtelschl\u00e4ger-Prozess in Berlin
 - https://www.youtube.com/watch?v=A4zwsIq3FjM
- 2018-06-30 Berlin: Falafelstand
- 2018-06-30 Nuernberg: Antisemitenaufmarch_Kai
- 2018-06-30 Nuernberg: Antisemiten-Aufmarsch_Ursula-Haverbeck
- 2018-07-11 Berlin: Kein Schlussstrich über tausend Menschen demonstrieren in Berlin nach Urteil im NSU-Prozess
 - https://www.youtube.com/watch?v=xAIzhQjcG3A
- 2018-07-16 Berlin: "Dance For Freedom" Solidarität mit Maedeh Hojabri in Berlin <a href="https://www.youtube.com/watch?v="https:
- 2018-07-27 Cottbus: Cottbus-Aufstiegsfeier
- 2018-07-28 Berlin: J\u00fcdische und israelische LGBTI feiern beim CSD 2018 in Berlin https://www.youtube.com/watch?v=qCSEgHF5AhA
- 2018-08-07 Berlin: Pressekonferenz Hess Marsch/Rechtsextreme planen erneut NS-verherrlichenden Aufmarsch in Berlin-Spandau

 https://www.youtube.com/watch?v=xTQj-rAKISY
- 2018-08-18 Berlin: "Wo man Juden deportiert …" Antisemitische Parolen bei Neonazidemo in Berlin
 - https://www.youtube.com/watch?v=ZwFTiAw P2A
- 2018-08-25 Dresden: Identitäre Kirmes in Dresden
 https://www.youtube.com/watch?v=uL0iIFGyYqg
- 2018-08-25 Themar: Trotz Absage in Mattstedt Neonazis feiern bei Rechtsrockkonzert in Thüringen
 - https://www.youtube.com/watch?v=eHVwMxdZSck
- 2018-08-27 Chemnitz: Rechtsextreme eskalieren in Chemnitz https://www.youtube.com/watch?v=roceKVfkuSk
- 2018-08-27: Chemnitz: Rechte zeigen Hitlergruß und skandieren rassistische Parolen https://www.youtube.com/watch?v=6N3kbPev1Ck
- 2018-08-30 Chemnitz: Hass am Rande des "Sachsengesprächs" in Chemnitz https://www.youtube.com/watch?v=qcOWhPierL4
- 2018-08-31 Berlin: Stoppt-den-Mob
- 2018-09-01 Chemnitz: Angriffe gegen Journalisten und rechtsextreme Symbole auf AfD-Demonstration in Chemnitz

https://www.youtube.com/watch?v=IbAQJJbYcmw

- 2018-09-03 Chemnitz: Chemnitz setzt ein Zeichen gegen Rassismus und Gewalt https://www.youtube.com/watch?v=JreJ_Jnmv6c
- 2018-09-05 Berlin: Dokumentation Frontal21-Plakat
- 2018-09-07 Berlin: Symposium
- 2018-09-07 Chemnitz: Neonazi-Kader bei "Pro Chemnitz"-Demonstration https://www.youtube.com/watch?v=7HQ1c9s8PfI
- 2018-09-09 Berlin: "Der Volkslehrer"-Reichstanz
- 2018-09-13 Berlin: Mahnwache_für_Menschenrechte
- 2018-09-16 Köthen: Rechte Allianz demonstriert in Köthen https://www.youtube.com/watch?v=bcUP8xzlG00
- 2018-09-22 Berlin: Proteste gegen den "Marsch für das Leben" https://www.youtube.com/watch?v=0rCLyiSy]xA
- 2018-09-22 Berlin: Palästina-Kundgebung_PGD
- 2018-09-25 Berlin: Prozess_Antiziganistischer_Angriff
- 2018-09-29 Koethen: "Stolz, Nazi zu sein!" Rechtsextreme Kundgebung in Köthen https://www.youtube.com/watch?v=-tAFRzCCuWo
- 2018-10-03 Berlin: "Rein in die Gaskammer!" Aggressive Rechtsextreme demonstrieren in Berlin
 - https://www.youtube.com/watch?v=pWGA7cna61s
- 2018-10-06 Apolda: Naziangriffe auf Polizei: Rechtsrock-Konzert abgebrochen (Apolda)
 https://www.youtube.com/watch?v=Hu5azXSgteA
- 2018-10-06 Apolda: Nazis attackieren Polizei in Apolda (extended) https://www.youtube.com/watch?v=SOsScLEzOwc
- 2018-10-12 Berlin: Brandenburger Tor, Palästina-Kundgebung
- 2018-10-13 Berlin: <u>#unteilbar</u>-Großdemo in Berlin <u>https://www.youtube.com/watch?v=c5vYBcqoxAo</u>
- 2018-10-13 Berlin: <u>#unteilbar</u>: "Wir müssen Tacheles reden!" Rede von Lala Süsskind https://www.youtube.com/watch?v=e6Q1JxhT-ec
- 2018-10-13 Frankfurt/Main: Trotz PR-Gag: Rechte Verlage floppen auf der Buchmesse https://www.youtube.com/watch?v=00VpUexzV5E
- 2018-10-21 Dresden: Vier Jahre Pegida: Durchhalteparolen zum Geburtstag https://www.youtube.com/watch?v=nYPKsguQlFU
- 2018-11-03 Potsdam: Fussball_SVB gegen BFC

- 2018-11-04 Berlin: J-Debate_Limmud
- 2018-11-08 Berlin: Gedenkmarsch zum 9. November: AfD-Politiker trägt blaue Kornblume https://www.youtube.com/watch?v=Yn5OahaWNbo
- 2018-11-09 Berlin: BDS-Veranstaltung
- 2018-11-09 Berlin: Rechtsextreme floppen mit Provokation am 9. November https://www.youtube.com/watch?v=7QUKBpejeR4
- 2018-11-10 Bielefeld: Geburtstag-Haverbeck
- 2018-11-11 Berlin: Gewaltfantasien und Aggressionen bei rechter Demo in Berlin https://www.youtube.com/watch?v=568Yf15OYjI
- 2018-11-11 Warschau: Rechtsextreme und Regierung demonstrieren gemeinsam beim Unabhängigkeitsmarsch
 - https://www.youtube.com/watch?v=JkZJOws ZJs
- 2018-11-16 Berlin: Israelhass am Brandeburger Tor https://www.youtube.com/watch?v=ZFCaGvMt1CA
- 2018-11-29 Berlin: Chloe-Valdary
- 2018-11-29 Berlin: "Migrantenschreck": Rechtsextremer Waffenhändler vor Gericht https://www.youtube.com/watch?v=_tCHXQwotmA
- 2018-12-01 Berlin: "Austausch", "Globalisten", "Volksschuld" Rechtsextreme demonstrieren gegen Migrationspakt
 - https://www.youtube.com/watch?v=VJNhDREgID4
- 2018-12-01 Berlin: Staatenlos-info_Hoffmann_Kastius
- 2018-12-13 Berlin: Kundgebung_Hand_in_Hand-Spektrum
- 2018-12-31 Angriff auf die Pressefreiheit Jahresrückblick 2018 https://www.youtube.com/watch?v=11mRpYb8MDg

4.2 Interviews

2018 führte das JFDA insgesamt 15 Interviews mit Wissenschaftler:innen, Journalist:innen, Kulturschaffenden und Politiker:innen (darunter der Botschafter Israels in Deutschland) über die Themenfelder Antisemitismus in Geschichte und Gegenwart, jüdisches Leben in Deutschland, Rechtsextremismus und Islamismus. Bis auf wenige Ausnahmen wurden alle Interviews als Videobeiträge auf dem YouTube-Kanal des Jüdischen Forums veröffentlicht. Sie können unter den aufgeführten Links weiterhin abgerufen werden.

• 2018-01-28: Gerd Buurmann über den Nathankomplex https://www.youtube.com/watch?v=RzLHZ9rv4G8&t=37s

- 2018-05-09: Monika Schwarz-Friesel über aktuelle Erscheinungsformen des Antisemitismus https://www.youtube.com/watch?v=qzo4qfMPwgY&t=222s
- 2018-08-24: Israelischer Botschafter besorgt über Äußerungen von AfD-Politikern https://www.youtube.com/watch?v=a1s9-PM5jSs
- 2018-03-15: Interview mit Volker Weiß (unveröffentlicht, Verwendung in anderen Beiträgen)
- 2018-03-16: Matthias Küntzel über den islamischen Antisemitismus https://www.youtube.com/watch?v=i8MM4rOzwdk&t=21s
- 2018-03-16: Interview mit Patrick Gensing (unveröffentlicht, Verwendung in anderen Beiträgen)
- 2018-10-31: Interview mit Beate Küpper (unveröffentlicht)
- 2018-12-06: Ahmad Mansour über Integration, falsche Toleranz und Panikmache https://www.youtube.com/watch?v=d8Nbbo90HJ8
- 2018-09-29: Stefan Dietl über die AfD und die soziale Frage https://www.youtube.com/watch?v=SWQvs3xSfZg
- 2018-10-20: Burak Yilmaz über den Umgang mit Antisemitismus unter muslimischen Jugendlichen https://www.youtube.com/watch?v=hSehmnIl9EU&t=647s
- 2018-11-01: Samuel Salzborn über globalen Antisemitismus und sein neues Buch https://www.youtube.com/watch?v=hRRYaTsPi0c&t=111s
- 2018-08-20: Pavel Brunßen über Antisemitismus und Antiziganismus im Fußball https://www.youtube.com/watch?v=ggqO3cRs79E
- 2018-07-24: Islamistische Strukturen in Deutschland mit Sigrid Herrmann-Marschall https://www.youtube.com/watch?v=IY-R_mpewjE&t=12s
- 2018-06-21: Günther Jikeli über Antisemitismus unter Geflüchteten https://www.youtube.com/watch?v=35x2AbUnMLw
- 2018-04-16: "Wut: Was Islamisten und Rechtsextreme mit uns machen" Julia Ebner im Gespräch https://www.youtube.com/watch?v=6zDtWZpXPNk

4.3 Veranstaltungen

Jubiläum: 10 Jahre JFDA

Das Jüdische Forum für Demokratie und gegen Antisemitismus e.V. wurde vor 10 Jahren gegründet.

Aus diesem Anlass veranstaltete das JFDA am 26.06.2018 eine Jubiläumsfeier. Auf dieser hielt der Antisemitismusforscher Prof. Dr. Samuel Salzborn eine Rede. Diese sowie das weitere Programm wurden in Videos dokumentiert, die auf dem YouTube-Kanal des JFDA veröffentlicht wurden und unter den folgenden Links abgerufen werden können:

- https://www.youtube.com/watch?v=w7ysyAPF9P0
- https://www.youtube.com/watch?v=46GIaWwxOEc

Chanukka-Feier des JFDA im Friedrichstadt-Palast Berlin

Wie bereits im Jahr 2017 veranstaltete das Jüdische Forum gemeinsam mit dem Friedrichstadt-Palast und dessen Intendant Dr. Berndt Schmidt eine Chanukka-Feier auf der größten Bühne Berlins, dem Friedrichstadt-Palast. Diese Veranstaltung wurde in Videos dokumentiert, die auf dem YouTube-Kanal des JFDA abgerufen werden können.

• 2018-12-11 Berlin: Chanukka-Feier des Friedrichstadt-Palastes und des Jüdischen Forums https://www.youtube.com/watch?v=bqFz3MExSZY

Buchvorstellung von Samuel Salzborn: Globaler Antisemtismus. Eine Spurensuche in den Abgründen der Moderne

Am 21.09.2018 stellte der Antisemitismusforscher Prof. Dr. Samuel Salzborn auf einer vom JFDA organisierten Veranstaltung sein neues Buch "Globaler Antisemitismus. Eine Spurensuche in den Abgründen der Moderne" vor. Diese kann auf dem YouTube-Auftritt des JFDA angeschaut werden:

• https://www.youtube.com/watch?v=PF6llcz4kjk

Vortrag von Matheus Hagedorny

Gehalten und aufgezeichnet am 24.04.2018 in Berlin. Abrufbar auf dem YouTube-Kanal des JFDA unter:

• https://www.youtube.com/watch?v=I2aTOds8WHQ&t=548s

Lesung von Max Czollek

Die Lesung mit dem Autoren Max Czollek wurde am 09.11.2018 in Berlin veranstaltet.

Weitere Veranstaltungen im Überblick:

- 2018-04-10 Straußberg: Durchführung eines Workshops
- 2018-04-17 Berlin: Besuch des Antisemitismusbeautragten der Bundesregierung Dr. Felix Klein

- beim JFDA
- 2018-05-06 Berlin: Lernwerkstatt in der Heinz-Galinski-Schule La BagOmer
- 2018-06-04 Berlin: Podiumveranstaltung mit dem Autoren Hamed Abdel-Samad
- 2018-06-20 Berlin: Workshop und Planspiel am Hermann-Hesse-Gymnasium
- 2018-07-04 Berlin: Schmoozn mit Dr. Felix Klein
- 2018-09-27 Vortrag von Levi Salomon, Sprecher & Koordinator des JFDA

4.4 Borgmanns Blick

Im Jahr 2018 erschien regelmäßig das Format "Borgmanns Blick", in dem das JFDA-Vorstandsmitglied Reinhard Borgmann aktuelle Entwicklungen und Ereignisse kritisch kommentiert. Die Beiträge wurden auf dem YouTube-Kanal des Jüdischen Forums veröffentlicht. Alle Folgen können unter den folgenden Links abgerufen werden:

- Borgmanns Blick: Israel, Deutschland und der UN-Sicherheitsrat https://www.youtube.com/watch?v=EUn2l2-1rpM&list=PLuX2rENdnodj1 KbM8E6vvKRC4tpNHHfH&index=48
- Religionswächter jetzt auch in Deutschland (Borgmanns Blick)
 https://www.youtube.com/watch?v=xvvHz64d2T0&list=PLuX2rENdnodjJ_KbM8E6vyKRC4tpNHHfH&index=46
- Happy Birthday Israel (Borgmanns Blick)
 https://www.youtube.com/watch?v=Nrs4qSur5VQ&list=PLuX2rENdnodjJ KbM8E6vyKRC
 4tpNHHfH&index=45
- Anschlag auf die Demokratie (Borgmanns Blick)
 https://www.youtube.com/watch?v=4Dk-fwakh7E&list=PLuX2rENdnodj KbM8E6vyKRC4tpNHHfH&index=44
- Der Antisemitismus gehört zu Deutschland (Borgmanns Blick)
 https://www.youtube.com/watch?v=WI0rGKpeEIg&list=PLuX2rENdnodjJ_KbM8E6vyKR
 C4tpNHHfH&index=43
- Mahmud Abbas: Die Juden sind am Holocaust selber schuld Wo bleibt der Aufschrei? (Borgmanns Blick)
 https://www.youtube.com/watch?v=-
 KVT6s6II.6g&list=PLuX2rENdnodjJ KbM8E6vyKRC4tpNHHfH&index=42
- Gehören Sie zu den 40 Prozent? (Borgmanns Blick)
 https://www.youtube.com/watch?v=qisgPSnmz44&list=PLuX2rENdnodjJ_KbM8E6vyKRC4
 tpNHHfH&index=41

- Die Zukunft Deutschlands gestalten mit der AfD? (Borgmanns Blick)
 https://www.youtube.com/watch?v=proc7mScGzQ&list=PLuX2rENdnodjJ_KbM8E6vyKRC
 4tpNHHfH&index=40
- Zum Alltagsrassismus in Deutschland (Borgmanns Blick)
 https://www.youtube.com/watch?v=us_XgdUu-Fg&list=PLuX2rENdnodjJ_KbM8E6vyKRC4tpNHHfH&index=39
- Trump auf Erfolgskurs? Erst Nordkorea und dann der Iran? (Borgmanns Blick)
 https://www.youtube.com/watch?v=yUccXpLdzYI&list=PLuX2rENdnodjJ_KbM8E6vyKRC
 4tpNHHfH&index=38
- Ich bin kein Antisemit (Borgmanns Blick)
 https://www.youtube.com/watch?v= DV 7BmCDd4&list=PLuX2rENdnodjJ KbM8E6vyK
 RC4tpNHHfH&index=37
- Hitler, Göring und Goebbels sie würden sich im Grabe umdrehen! (Borgmanns Blick) https://www.youtube.com/watch?v=X4AKN8ebURY&list=PLuX2rENdnodjJ_KbM8E6vyKRC4tpNHHfH&index=36
- Seehofer steht für Fremdenfeindlichkeit (Borgmanns Blick)
 https://www.youtube.com/watch?v=xIjKlda N98&list=PLuX2rENdnodjl KbM8E6vvKRC4tpNHHfH&index=35
- Zur Grundsatzerklärung zur Bekämpfung des Antisemitismus (Borgmanns Blick)
 https://www.youtube.com/watch?v=C4AScJpS4Gk&list=PLuX2rENdnodij KbM8E6vyKRC
 4tpNHHfH&index=34
- Polizei schlägt jüdischem Professor mehrfach ins Gesicht (Borgmanns Blick) https://www.youtube.com/watch?v=o2E-SiV9TTk&list=PLuX2rENdnodj]_KbM8E6vyKRC4tpNHHfH&index=33
- Lala Süsskind (Borgmanns Blick)
 https://www.youtube.com/watch?v=I-zqTEiX4XQ&list=PLuX2rENdnodj KbM8E6vyKRC4tpNHHfH&index=32
- Wehrhahn Im Zweifel für den Fremdenfeind? (Borgmanns Blick)
 https://www.youtube.com/watch?v=RZz4w2UwQbE&list=PLuX2rENdnodjJ KbM8E6vyK
 <a href="https://www.youtube.com/watch?v=RZz4w2UwQbE&list=PLuX2rENdnodjJ KbM8E
- Berlin Hauptstadt der Judenhasser? (Borgmanns Blick)
 https://www.youtube.com/watch?v=FhpqMYrNMXk&list=PLuX2rENdnodjJ KbM8E6vyK
 <a href="https://www.youtube.com/watch?v=FhpqMYrNMXk&list=PLuX2rENdnodjJ KbM8E6vyK
- Kauft nicht von Juden? (Borgmanns Blick)
 https://www.youtube.com/watch?v=6jJi03T3KAc&list=PLuX2rENdnodjJ KbM8E6vyKRC4t
 pNHHfH&index=28

- Staatsversagen in Chemnitz (Borgmanns Blick)
 https://www.youtube.com/watch?v=WE28RFGWY5s&list=PLuX2rENdnodjJ KbM8E6vyK
 <a href="https://www.youtube.com/watch?v=WE28RFGWY5s&list=PLuX2rENdnodjJ KbM8E6vyK
 <a href=
- Hass in Chemnitz? (Borgmanns Blick)
 https://www.youtube.com/watch?v=ktlmtPZE9Xs&list=PLuX2rENdnodjJ_KbM8E6vyKRC4tpNHHfH&index=26
- "Wehret den Anfängen!" (Borgmanns Blick)
 https://www.youtube.com/watch?v=xPqivV8luUE&list=PLuX2rENdnodjJ KbM8E6vyKRC4
 <a href="https://www.youtube.com/watch?v=xPqivV8luUE&list=PLuX2rENdnodjJ KbM8E6vyKRC4
 <a href="https://www.youtube.com/watch?v=xPqivV8luUE&list=PLuX2rENdnodjJ KbM8E6vyKRC4
 <a href="https://www.youtube.com/watch?v=xPqivV8luUE&list=PLuX2rENdnodjJ KbM8E6vyKRC4
 <a href="https://www.youtube.com/watch?v=xPqivV8luUE&list=PLuX2rENdnodjJ KbM8E6vyKRC4
- Aufregung über Maaßens Beförderung ist Heuchelei (Borgmanns Blick)
 https://www.youtube.com/watch?v=uuXdUlXPYcA&list=PLuX2rENdnodjJ KbM8E6vyKR
 C4tpNHHfH&index=24
- Juden in der AfD? (Borgmanns Blick)
 https://www.youtube.com/watch?v=RKZDKCawdH4&list=PLuX2rENdnodjJ_KbM8E6vyK RC4tpNHHfH&index=23
- Freude über die Deutsche Einheit? (Borgmanns Blick)
 https://www.youtube.com/watch?v=PVPp34i9lGE&list=PLuX2rENdnodjJ_KbM8E6vyKRC_4tpNHHfH&index=22
- Denunzianten im Klassenzimmer (Borgmanns Blick)
 https://www.youtube.com/watch?v=tLoZrF0pNAg&list=PLuX2rENdnodij KbM8E6vyKRC
 <a href="https://www.youtube.com/watch?v=tLoZrF0pNAg&list=PLuX2rENdnodij KbM8E6vyKRC
 <a href="https://www.youtube.com/watch?v=tLoZrF0pNAg&lis
- Mit Israel-Hass gegen Antisemitismus? (Borgmanns Blick)
 https://www.youtube.com/watch?v=Xu6ZNa5CSXM&list=PLuX2rENdnodjJ_KbM8E6vyKRC4tpNHHfH&index=20
- "Hitlerglocke" dient Versöhnung mit NS-Opfern? (Borgmanns Blick)
 https://www.youtube.com/watch?v=fd6lPHHjHJ0&list=PLuX2rENdnodjJ KbM8E6vyKRC4
 tpNHHfH&index=19
- Ist Böhmermann ein Antisemit? (Borgmanns Blick)
 https://www.youtube.com/watch?v=C8Bu31OvAy8&list=PLuX2rENdnodjJ KbM8E6vyKR
 <a href="https://www.youtube.com/watch?v=C8Bu31OvAy8&list=PLuX2rENdnodjJ KbM8E6vyKR
 <a href="https://www.youtube.com/watch?v=C8Bu31OvAy8&list=PLuX2rENdnodjJ
- Staatlich organisierter Terror gegen Juden!
 https://www.youtube.com/watch?v=RS-32kwNMqA&list=PLuX2rENdnodjJ KbM8E6vyKR
 https://www.youtube.com/watch?v=RS-32kwNMqA&list=PLuX2rENdnodjJ-KbM8E6vyKR-C4tpNHHfH&index=17
- Kapitulation vor dem Hamas-Terror? (Borgmanns Blick)
 https://www.youtube.com/watch?v=2tGDwUgf-pk&list=PLuX2rENdnodjJ_KbM8E6vyKRC4tpNHHfH&index=16
- Airbnb Aus für die Völkerverständigung (Borgmanns Blick)
 https://www.youtube.com/watch?v=5LCD0OF67w8&list=PLuX2rENdnodj1 KbM8E6vyKR
 C4tpNHHfH&index=15

- Angriff auf israelische Journalistin (Borgmanns Blick)
 https://www.youtube.com/watch?v=UYmLUGeX6a0&list=PLuX2rENdnodjJ KbM8E6vyK
 <a href="https://www.youtube.com/watch?v=UYmLUGeX6a0&list=PLuX2rENdnodjJ KbM8E6vyK
- Fast 40 Prozent der Juden überlegen sich auszuwandern! (Borgmanns Blick)
 https://www.youtube.com/watch?v=q1pZFwnxSrw&list=PLuX2rENdnodjJ_KbM8E6vyKRC
 4tpNHHfH&index=13

5. Bildungsprojekte

5.1 "Vorurteile abbauen, antisemitische Ressentiments bekämpfen"

Das Ziel des durch das Bundesministerium für Familie, Frauen, Senioren und Jugend (BMFSFI) im Rahmen des Bundesprogramms "Demokratie leben" und die Senatsverwaltung für Justiz, Verbraucherschutz und Antidiskriminierung (LADS) Berlin im Rahmen des Landesprogramms "Demokratie. Rassismus Vielfalt. Respekt. Gegen Rechtsextremismus, Antisemitismus" geförderten Modellprojekts "Vorurteile abbauen, antisemitische Ressentiments bekämpfen" ist die Entwicklung und Erprobung des Konzepts einer an Jugendliche der 9. bis 12. Klasse gerichteten interaktiven Lernwerkstatt zur Auseinandersetzung mit dem Thema Antisemitismus. Das Projekt verfolgt den Ansatz, eigene Erfahrungen sozialer Mechanismen der Abwertung und Ausgrenzung seitens der Teilnehmer:innen zu verdeutlichen, um eine an die Lebenswelt von Schülerinnen und Schülern anknüpfende Bearbeitung der Themen Vorurteile und Diskriminierung zu ermöglichen. Durch die anschließende Auseinandersetzung mit zeitgenössischen Erscheinungsformen von Antisemitismus sollen die Teilnehmer:innen in ihrer Kompetenz gefördert werden, diese als Varianten eines insgesamt demokratiegefährdenden Phänomens zu erkennen sowie eine Sensibilisierung für die spezifische Betroffenheit von Jüdinnen und Juden zu erreichen.

In den Lernwerkstätten kommt Arbeitsmaterial zum Einsatz, das auf der JFDA-eigenen Dokumentation aktueller Erscheinungsformen von Antisemitismus durch das Projektteam basiert. Den Abschluss der Lernwerkstatt bildet jeweils die Herstellung eines kreativen Produkts durch die Schüler:innen, auf dem sie ihre Haltung zum Thema Antisemitismus künstlerisch darstellen und so mittels ihrer eigens formulierten Botschaft als Botschafter:innen gegenüber der Schulöffentlichkeit wirken.

Neben der Lernwerkstatt als kurzzeitpädagogischer Maßnahme mit Teilnehmenden der Primärzielgruppe wird seit dem Jahr 2018 parallel der Ansatz der Fortbildung und Beratung von Schulleitungen und Pädagog:innen zum Umgang mit Antisemitismus in Schulen konsequent verfolgt.

Das Projekt verfügt über eine eigene Projekt-Website. Diese ist unter dem folgenden Link erreichbar, wird aber seit Abschluss des Projekts nicht mehr aktualisiert: https://juedisches-forum-demokratie-leben.de/

5.1.1 Handlungskonzept

Entstehung des Projekts

Das Modellprojekt "Vorurteile abbauen, antisemitische Ressentiments bekämpfen" ist 2015 entwickelt worden und findet im Rahmen des Bundesprogramms "Demokratie leben!" statt. Mit unseren Schulworkshops wollen wir Jugendlichen eine Perspektive eröffnen, die ihnen einen selbständigen, reflektierten Umgang mit Vorurteilen, Rassismus und Antisemitismus ermöglicht.

Im Sommer 2014 hat sich bereits mit den antisemitischen Vorfällen im Zuge der Gaza-Demonstrationen zum Nahostkonflikt der dringend notwendige Bedarf an politischer Bildungsarbeit in diesem Bereich gezeigt. Mit den 2015 verzeichneten verbalen und tätlichen Angriffen auf junge Israelis in Berlin und den Demonstrationen gegen die syrischen Flüchtlinge hat sich dieser weiter verstärkt. Rassismus und antisemitische Ressentiments sind, wie jene Übergriffe und Kundgebungen gezeigt haben, in allen Teilen der Gesellschaft in unterschiedlicher Intensität vorhanden, weshalb auf dieses gesamtgesellschaftliche Problem in der Schulbildung reagiert werden muss. Hier setzt das Jüdische Forum an: mit einem interkulturell zusammengesetzten Team und einer interaktiven Lernwerkstatt.

Ziel der Lernwerkstatt

Aufklärung über Vorurteile und Antisemitismus sowie die Vermittlung eines kritischen und reflektierten Umgangs mit den Phänomenen.

Zielgruppe

Schülerinnen und Schüler ab der 9. Klasse aller Schularten.

Arbeitsmethode

Interaktive Lernwerkstatt mit abschließender Ausstellungseröffnung und begleitendem reflektierendem Gespräch.

Zeitumfang

Die Lernwerkstatt umfasst drei Arbeitseinheiten à 90 Minuten. Die Ausstellungseröffnung mit Gespräch dauert insgesamt ebenfalls etwa 90 Minuten.

Ablauf der Lernwerkstatt

Das interkulturell zusammengesetzte Projektteam vermittelt den Jugendlichen in einer vierteiligen Lernwerkstatt aktuelle Erscheinungsformen von Antisemitismus:

Im ersten Teil der Lernwerkstatt setzen sich die Jugendlichen mit dem Thema Vorurteile auseinander: Was sind Vorurteile? Wie entstehen sie und welche Funktionen haben sie?

Im zweiten Teil gehen wir antisemitischen Ressentiments auf den Grund. In Gruppenarbeit und Selbstreflexion erarbeiten sich die Jugendlichen verschiedene Ausprägungen von Antisemitismus.

Aktuelle Erscheinungsformen sind ebenso Thema der Lerneinheit wie die Ursprünge von Antisemitismus.

Im dritten Teil haben die Jugendlichen die Gelegenheit, sich mit den Inhalten gestalterisch auseinanderzusetzen. Sie erstellen allein oder in Kleingruppen Collagen zu den Themen Vorurteile, Rassismus und/oder Antisemitismus. Diese werden anschließend grafisch überarbeitet, d.h. mit Infotexten versehen, in ein einheitliches grafisches Muster eingebettet und von einer Druckerei im A0-Format gedruckt.

Als Ergebnis der Lernwerkstatt entsteht aus den für jede Lernwerkstatt speziell angefertigten Plakaten eine Ausstellung, deren Eröffnung von einer abschließenden Diskussionsrunde begleitet wird. Die Ausstellung verbleibt nach Abschluss des Projekts bei der Schule, so dass sich die Jugendlichen weiter mit der Thematik befassen können.

5.1.2 Auswahl an Workshops

- 2018-01-26: Workshop am Ardenne-Gymnasium
- 2018-01-31: Workshop am Gymnasium-Panketal
- 2018-04-26: Workshop in Potsdam

5.1.3 Kooperationspartner

Kooperationspartner des Modellprojekts "Vorurteile abbauen, antisemitische Ressentiments bekämpfen" sind:

- Evangelische Kirche Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz
- Türkischer Bund in Berlin-Brandenburg e.V.
- Landesinstitut für Schule und Medien Berlin-Brandenburg

5.1.4 Unterstützer:innen

Das Projekt wird durch bekannte Persönlichkeiten aus Politik, Wissenschaft und Kultur offiziell unterstützt. Zu diesen gehören:

- Volker Beck, Bündnis 90/Die Grünen
- Gitta Connemann, MdB CDU, Stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- Werner Gegenbauer, Präsident Hertha BSC
- Petra Pau, MdB LINKE, Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages

- Prof. Dr. Peter Raue, Jurist, Sammler und Kunstliebhaber, Berlin
- Dr. Berndt Schmidt, Intendant Friedrichstadt-Palast Berlin
- Prof. Dr. Dr. h.c. Monika Schwarz-Friesel, Leiterin des Fachgebietes Allgemeine Linguistik der Technischen Universität Berlin
- Dr. h.c. Friede Springer, Verlegerin
- Michael Müller, Regierender Bürgermeister von Berlin

5.1.5 Förderer

Das Modellprojekt wird von folgenden Institutionen gefördert:

- Bundesministerium f
 ür Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ)
- Senatsverwaltung für Arbeit, Integration und Frauen des Landes Berlin
- F.C. Flick Stiftung gegen Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Intoleranz
- Harold Bob Stiftung

5.2 "Augen auf! Rassismus und Einwanderungsfeindlichkeit entgegentreten"

Modellprojekt im Rahmen des Bundesprogramms "Demokratie leben! Aktiv gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit" (seit Januar 1017)

Das Projekt "Augen auf! Rassismus und Einwanderungsfeindlichkeit entgegentreten" dient der Sensibilisierung von Jugendlichen und Heranwachsenden sowie von Multiplikatorinnen und Multiplikatoren für die Gefährdung des öffentlichen Friedens und der Grundrechte. Dies betrifft besonders politische Bestrebungen von Flüchtlingen und Neueingewanderten, die sich anhand der Debatte um Flucht, Asyl und Einwanderung gegen grundlegende Normen des freiheitlichdemokratischen Rechtsstaates wenden. "Augen auf!" steht für menschenrechtsorientierte Normen und Werteorientierung. Weil Jugendliche und Heranwachsende für Denken in Schwarz-Weiß-Mustern besonders empfänglich sind und als wichtige Zielgruppe im Fokus von manipulativer Propaganda jedweder Couleur stehen, richtet sich das Projekt "Augen auf!" präventiv an diese Gruppe.

Insgesamt zielt das Projekt auf die Erprobung von Modulen, die in den Regelstrukturen der Jugendund Bildungsarbeit Verwendung finden können. In Zusammenarbeit mit Stiftungen, Landesbehörden und zivilgesellschaftlichen Akteuren soll eine Fortführung und der Ausbau der Projektarbeit ermöglicht werden. Methodische und inhaltliche Erkenntnisse aus der Projektarbeit sollen auch in andere Arbeitsbereiche transferiert werden.

5.2.1 Projektziele

Das Projekt "Augen auf! Rassismus und Einwanderungsfeindlichkeit entgegentreten" dient der Sensibilisierung von Jugendlichen und Heranwachsenden sowie von Multiplikatorinnen und Multiplikatoren für die Gefährdung des öffentlichen Friedens und der Grundrechte. Dies betrifft besonders politische Bestrebungen von Flüchtlingen und Neueingewanderten, die sich anhand der Debatte um Flucht, Asyl und Einwanderung gegen grundlegende Normen des freiheitlich-"Augen Rechtsstaates wenden. auf!" steht demokratischen für menschenrechtsorientierte Normen und Werteorientierung. Weil Jugendliche und Heranwachsende für Denken in Schwarz-Weiß-Mustern besonders empfänglich sind und als wichtige Zielgruppe im Fokus von manipulativer Propaganda jedweder Couleur stehen, richtet sich das Projekt "Augen auf!" präventiv an diese Gruppe.

Insgesamt zielt das Projekt auf die Erprobung von Modulen, die in den Regelstrukturen der Jugendund Bildungsarbeit Verwendung finden können. In Zusammenarbeit mit Stiftungen, Landesbehörden und zivilgesellschaftlichen Akteuren soll eine Fortführung und der Ausbau der Projektarbeit ermöglicht werden. Methodische und inhaltliche Erkenntnisse aus der Projektarbeit sollen auch in andere Arbeitsbereiche transferiert werden.

5.2.2 Handlungskonzept

Die Workshops und Veranstaltungen im Projekt "Augen auf!" richten sich an Jugendliche und Heranwachsende im Alter von 14 bis 21 Jahren sowie an Multiplikatorinnen und Multiplikatoren als auch an pädagogische Fachkräfte. Sie thematisieren insbesondere Schnittmengen zwischen traditionellen und neuen Formen des völkischen Rassismus und Antisemitismus mit kulturalistisch, islamfeindlich und xenophob motivierter Einwanderungs- und Flüchtlingsfeindlichkeit. In diesen Workshops und Veranstaltungen werden didaktische Konzepte und Arbeitsmaterialien entwickelt und erprobt.

Grundlage für die Workshops ist ein fortlaufendes Monitoring zu diesem Themenkomplex in Deutschland mit Schwerpunkt Berlin und den angrenzenden Bundesländern. Materialien aus diesem Monitoring werden in die Workshops und Veranstaltungen eingebracht. Auf Basis dieses Materials setzen sich die Jugendlichen dann mit dem Thema der Veranstaltung auseinander. Am Ende der Workshops sollen die Schülerinnen und Schüler gestalterisch tätig werden und ihre Reflexionen und Ergebnisse in Collagen oder Plakaten festhalten. Durch die Präsentation ihrer Arbeitsergebnisse in Veranstaltungen und Ausstellungen werden die Jugendlichen selbst zu lokalen Multiplikatorinnen und Multiplikatoren.

Die konkrete Ausgestaltung der Workshops erfolgt in enger Kommunikation mit den Lehrkräften entsprechend der Bedürfnislage und der soziokulturellen Struktur der Schulklassen. Wichtig ist auch eine Nachbesprechung der Workshops mit den Lehrkräften. Einerseits um das Bildungsangebot kontinuierlich den sich verändernden gesellschaftlichen Verhältnissen und den Lebenswelten der Jugendlichen anzupassen. Andererseits um die Ergebnisse der Workshops im Regelbetrieb der Bildungseinrichtungen nutzen zu können.

Zum Ende des Projekts werden die Erfahrungen aus diesen Workshops in Handreichungen für

Pädagoginnen und Pädagogen umgesetzt und veröffentlicht.

5.2.3 Auswahl an Workshops

- 2018-01-31: Workshop am Panketal-Gymnasium
- 2018-03-15: Workshop in Berlin-Friedenau

5.3 KeEzrach *Wie ein Mitbürger – Konfliktprävention im Kontext von Flucht und Integration in der Einwanderungsgesellschaft

Das Projekt "KeEzrach" begann im Oktober 2017 und baut auf die Erfahrungen des Projekts HaGer auf. Es verständigt sich mit jungen Asyl- und Schutzsuchenden über demokratische Grundnormen. In diesem Zusammenhang sensibilisieren wir für Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit wie Sexismus, Antisemitismus, Rassismus, Schwulen- und Behindertenfeindlichkeit. Dabei kommen sowohl die Diskriminierungserfahrungen mit der Mehrheitsgesellschaft wie auch autoritäre Prägungen von geflüchteten Jugendlichen gegenüber anderen religiösen und ethnischen Minderheiten zur Sprache. Mit partizipativen Formaten stärken wir die Kritikfähigkeit der Teilnehmenden und ermutigen sie, sich aktiv am demokratischen Prozess zu beteiligen. Grundlage unserer Arbeit sind die Werte und Normen des Grundgesetzes und der EU-Grundrechtecharta.

5.3.1 Zielgruppen

- junge Asyl- und Schutzsuchende zwischen 14 und 27 Jahren
- Multiplikator:innen, z.B. Pädagog:innen in Willkommensklassen, Jugendsozialarbeiter:innen, Akteur:innen der lokalen Flüchtlingsarbeit, Freiwillige/ Ehrenamtliche)

5.3.2 Methoden und Angebote

Das Projekt baut auf Ansätzen und Methoden der niedrigschwelligen politischen Bildungsarbeit auf. Wir knüpfen an die Lebenswelt der Teilnehmenden an. KeEzrach ist als "lernendes Projekt" angelegt, das flexibel auf seine Zielgruppen und ihre Bedarfe reagiert.

5.3.3 Formate

Filmcafé

Filme regen an, etwas über andere und die eigenen Lebenswelten zu erfahren. Beim Filmcafé sehen wir

gemeinsam einen Film in deutscher Sprache (ggf. mit Untertiteln), in dem Konflikte zwischen traditionellen Normen und demokratischen Werten verhandelt werden. Davon ausgehend thematisieren wir gemeinsam die aufgekommenen Fragen. Die Diskussionen regen zu einer Reflexion an, wie Diskriminierung im Alltag erlebt und ausgeübt wird. Mal bewusst – und oftmals nicht.

Fahrradrallye zum Ankommen

Gemeinsam bahnen sich die Jugendlichen auf dem Fahrrad einen Weg durch die Stadt und erkunden so ihr Lebensumfeld. Dabei erarbeiten sie sich an historisch und/oder politisch bedeutsamen Orten (Denkmäler, Gebäude etc.) anhand kleiner Aufgaben die Grundlagen der demokratischen Grundordnung und ihrer historischen Entstehung. So soll die Farradrallye das Verständnis der Teilnehmer:innen dafür stärken, welche Bedeutung Werte wie z.B. Gleichheit, Meinungs- und Religionsfreiheit oder Gleichberechtigung der Geschlechter für die individuelle Entfaltung und den gesellschaftlichen Zusammenhalt haben.

Contact - Workshop

Es gibt Alltagswissen, über das niemand mehr spricht. Gesten, Verhaltensweisen und Kommunikationsformen gehören dazu. Der Workshop "ConTact" reflektiert die für Neuankommende mitunter ungewohnten Kommunikationsgewohnheiten in Deutschland. Dabei reflektieren wir auch, wie Tradition, Hierachie und Geschlechterverhältnisse das Verhalten prägen und stärken so die Diversity-Kompetenz und die Kritikfähigkeit der jungen Menschen.

5.3.4 Auswahl an Veranstaltungen

• 2018-03-22: Frankurt/Oder: Filmcafe

• 2018-03-23: Frankfurt/Oder: Koscher Kochen

• 2018-05-12: Berlin: Exkursion mit syrischen Christen zur KZ-Gedenkstätte Sachsenhausen https://www.youtube.com/watch?v=PrAsTOAbDsg

• 2018-05-14: Filmvorführung

• 2018-07-25: Berlin: Bike Berlin

• 2018-10_17: Berlin: Kochen mit Rahel-Hirsch

• 2018-04-19: Berlin: Vernissage GIZ

5.4 Be'Jachad – Gemeinsam Gegen Hass

5.4.1 Konzept

Das Projekt BeJachad thematisiert antisemitische Gewalt und Diskriminierung sowie andere Erscheinungsformen Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit in den Sozialen Medien. Auf der Internetplattform www.gemeinsam-gegen-hass.de können sich betroffene Jugendliche an das JFDA wenden, um anonymisiert Rat und Unterstützung einzuholen und ihre Erlebnisse zu teilen.

Jugendliche werden im Zuge des Ausbaus der Internetplattform über das Projekt "BeJachad" in einem geschützten, anonymisierten virtuellen Raum mit anderen Betroffenen in Kontakt treten, sich austauschen und so aus ihrer Isolierung heraustreten können. Sie werden auch die Möglichkeit bekommen mit einer breiteren Öffentlichkeit in Kontakt zu treten und ihre Erlebnisse zu teilen, ihre Geschichten erzählen und sie den Hassideologien und Hassreden entgegenzustellen. Darüber hinaus können Betroffene mit professioneller mediengestalterischer Unterstützung des JFDA-Teams beispielsweise Videoclips drehen, oder ihre Erlebnisse in Artikeln oder musikalischen Darstellungsformen (Gesang, HipHop etc.) thematisieren und auf der Internetplattform mit anderen Jugendlichen diskutieren.

Hierzu können sie sich vom JFDA bei der Kontaktaufnahme mit bekannten Persönlichkeiten aus der Jugend- und Kulturszene (Rapperinnen und Rapper, Musikerinnen und Musiker, Schauspielerinnen und Schauspieler, etc.) unterstützen lassen, die ihnen bei der Produktion ihrer Videos oder Darstellungen helfen.

Das Projekt stellt insofern ein innovatives Angebot zur Begleitung und Betreuung kleiner Medienprojekte dar, um Narrativen von Betroffenen gegen die Hassrede zu setzen. Denkbar ist auch, dass sich Jugendliche aus dem Projekt heraus vernetzen und z.B. einen Blog betreiben, wodurch sie als Akteure des öffentlichen Diskurses im Internet gestärkt werden ohne zwangsweise aus der Anonymität heraustreten zu müssen. Unsere Konzeption geht über Counterspeech Ansätze hinaus. Im Fokus steht für uns eine Stärkung des jüdischen Selbstverständnisses und der Handlungskompetenzen der betroffenen Jugendlichen im Umgang mit Antisemitismus in ihrer digitalen und analogen Lebenswelt.

Es ist geplant, die Plattform <u>www.gemeinsam-gegen-hass.de</u> nach Abschluss des Projektes von den Jugendlichen weiterführen zu lassen. Die erstellten Produkte (Videos, Fotografien, musikalische Darstellungen, Interviews etc.) können auch in anderen Formaten – etwa in Fortbildungen für Lehrerinnen und Lehrer, Multiplikatorinnen und Multiplikatoren, Willkommensklassen etc. – genutzt werden.

Das Projekt wird gefördert von Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) im Rahmen des Programms "Demokratie leben!" und von der Senatsverwaltung für Justiz, Verbraucherschutz und Antidiskriminierung des Landes Berlin.

5.4.2 Ziel

Handlungsfähigkeit gegenüber (vor allem antisemitischer) Hate Speech im Internet bei betroffenen jungen Menschen stärken; also auf netzbasierte antisemitische Hasspropaganda, Hasskriminalität und andere Formen Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit bezogene Förderung der Handlungsfähigkeit von betroffenen Jugendlichen und Heranwachsenden (vorrangig Jüdinnen und Juden).

5.4.3 Zielgruppen

Jüdische Jugendliche und Heranwachsende bzw. von Antisemitismus u.a. Formen Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit Betroffene (zwischen 14 und 21 bzw. 27 Jahren, Schülerinnen und Schüler, Studierende und Azubis) sowie ggf. Multiplikatorinnen und Multiplikatoren (Eltern und pädagogische Fachkräfte).

5.4.4 Beispiel einer Veranstaltung

 2018-05-21 Berlin: Das JFDA beim BfDT Jugendkongress 2018 https://www.youtube.com/watch?v=YZSmzZkyeU8

5.5 Mitzpe – Recherchezentrum Antisemitismus und Demokratiegefährdungen

5.5.1 Bedarfslage

Die Virulenz des Antisemitismus in seinen verschiedenen Erscheinungsformen, der als Weltanschauung und Leidenschaft einen antiaufklärerischen Gegenentwurf zum aufgeklärten Humanismus darstellt, auf den sich die freiheitliche Demokratie gründet, ist der Lackmustest für die Demokratie in Deutschland nach der Schoah. Umgekehrt ist die Vitalität der den Menschenrechten verpflichteten freiheitlichen und wehrhaften Demokratie der verlässlichste Schutz gegen den politisch, sozial, rassistisch oder religiös grundierten Antisemitismus, wie er mit der Arbeitsdefinition "Antisemitismus" der Europäischen Stelle zur Beobachtung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit (European Monitoring Centre on Racism and Xenophobia/EUMC) umrissen wird. Vor diesem Hintergrund beobachtet das JFDA aus einer jüdischen Perspektive, nämlich einer Perspektive von Betroffenen, Antisemitismus in allen seinen Erscheinungsformen und in seiner Verwobenheit mit anderen – etwa rassistischen, ethnozentriertkulturalistischen, bekenntnis-bezogenen - Ausprägungen Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit und Demokratiegefährdungen. Die Feld- und Diskursbeobachtung ist ausdrücklich nicht auf den Antisemitismus im Kontext des traditionellen, deutsch-völkischen Rechtsextremismus beschränkt, sondern nimmt grundsätzlich das gesamte politische Spektrum – auch die "Mitte der Gesellschaft" – sowie den religiös grundierten und von der extremistischen Ideologisierung von Religion ausgehenden, also etwa islamistischen Antisemitismus in den Blick. Die Ergebnisse dieser fortlaufenden und inhaltlich vertieften Recherche zur Feld- und Diskursbeobachtung fließen in eine ebenso fortlaufende und aktuelle Berichterstattung ein, die das JFDA zeitnah über seinen Web-Auftritt und virtuelle soziale Netzwerke mit großer Wirkungsreichweite veröffentlicht. Diese Berichterstattung dient zum einen der ständigen Aktualisierung und Erweiterung der fachlichen Expertise und Materialien, aus denen die Bildungsarbeit des JFDA schöpft. Zu anderen wird sie als Informationsquelle von Multiplikator*Innen und Akteuren aus dem Bereich der Pädagogik, der freien Träger und Nichtregierungsorganisationen im Arbeitsfeld, der Politik und Verwaltung sowie der Medien genutzt. Tatsächlich greifen auch etablierte Massenmedien immer wieder auf die Berichterstattung und das Material des JFDA als Primärquelle zurück.

Im Zuge der Professionalisierung und Qualitätsentwicklung der Bildungsprojekte werden die Recherchetätigkeiten des JFDA jedoch immer spezifischer auf die Arbeit der verschiedenen Bildungsprojekte abgestimmt. So lässt sich der allgemeinere Bedarf an Informationen über aktuelle Erscheinungsformen des Antisemitismus, von antisemitisch grundierten Verschwörungsideologien und dadurch strukturierten Formen Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit, an der Veranschaulichung Antisemitismus als Alltagsphänomen und seiner Verwobenheit mit des Diskriminierungsmustern und Ungleichheitsideologien sowie an (digitalem) Informations-Unterrichtsmaterial immer weniger durch die über die Bildungsprojekte gewährleistete Feld- und Diskursbeobachtung, Dokumentation und Berichterstattung abdecken. Damit wächst an der Schnittstelle zwischen Fachdiskurs, Politik, Verwaltung und redaktionellem Journalismus eine Angebotslücke, die von der spezifischen Recherche, Dokumentation und Berichterstattung des JFDA bisher wenigstens teilweise geschossen wurde.

Mit der Spezifizierung der Feld- und Diskursbeobachtung, Dokumentation und Berichterstattung der JFDA-Bildungsprojekte für ihre jeweiligen besonderen Zwecke wächst auch die Notwendigkeit zur Koordination dieser Tätigkeiten im Sinne der effektiven und effizienten Erzeugung und Nutzung von Synergien zwischen den Projekten des JFDA. Defizite bei der Nutzung potenzieller Synergien gehen dabei sowohl zulasten der einzelnen Projekte als auch der Möglichkeiten des JFDA insgesamt, zur Schließung der o.a. Angebotslücke beizutragen.

5.5.2 Das Projekt

Das Projekt »Mitzpe* – Recherchezentrum Antisemitismus und Demokratiegefährdungen« des JFDA Berlin gewährleistet einerseits eine fortgesetzte vertiefte Recherche im Kontext einer aktuellen Feldund Diskursbeobachtung, die in eine zeitnahe Berichterstattung im Netz umgesetzt wird (der Projektname »Mitzpe« bedeutet "Ausguck" im Sinne von Jesaja 21,6: "Stelle den Ausguck auf; was er sieht, soll er berichten" - hier gleichsam den Wächter, der nach Demokratiegefährdungen Ausschau hält). Dabei geht es inhaltlich um antisemitische Vorfälle und Diskurse (klassischer antijudaistischer und rassistischer, revisionistischer, "antizionistischer"/israelbezogener, verschwörungsideologischer und struktureller Antisemitismus) in unterschiedlichen Spektren (völkisch-rassistischer sowie ethnozentriertkulturalistischer Rechtsextremismus, "Querfront", Islamismus etc.), um Debatten über Antisemitismus in Mainstream-Diskursen, um Erlebnisse, Erfahrungen und Empfindungen von Jüdinnen und Juden (alltäglicher Antisemitismus) sowie ggf. auch um häufig gestellte "schwierige Fragen" ("Woher kommt der Antisemitismus?", "Wie wichtig ist Israel für Juden – und warum?", "Wo fängt Antisemitismus an?" etc.). So nimmt das Projekt aktuelle gesellschaftliche Entwicklungen aus einer jüdischen Perspektive in den Blick - nämlich aus einem säkular-jüdischen Blickwinkel von Betroffenen antisemitischer Anfeindungen mit dem Fokus auf Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit und Gefahren für die auf die Menschenrechte gegründete freiheitliche Demokratie. Diese Perspektive impliziert auch, dass das Projekt Mitzpe* jüdischen Stimmen eine Plattform bietet und Antisemitismus als ebenso spezifische wie alltägliche Diskriminierung von Jüdinnen und Juden sowie als Alltagsideologie, ideologische Prämisse und Deutungsmuster begreifbar macht, die auch andere Ressentiments im Zusammenhang des Syndroms Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit strukturieren. So legt das JFDA in der Berichterstattung Wert darauf, dass der Antisemitismus – also die politisch, sozial, rassistisch oder religiös grundierte Feindschaft gegenüber Jüdinnen und Juden einerseits als besonderes Diskriminierungsmuster benannt und erkennbar gemacht, andererseits aber auch im weiteren Kontext der - rassistischen, ethnozentriert-kulturalistischen und religionsbezogenen,

aber auch sozialen, sexistischen, LSBTIQ-feindlichen usw. – Diskriminierung und Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit behandelt wird.

Das Projekt produziert auf der Basis seiner fortlaufenden Feld- und Diskursbeobachtung sowie vertiefter Recherchen journalistische Beiträge, die in Form von Text, Bild bzw. Video, über YouTube, Facebook und den Web-Auftritt des JFDA (zum Download) publiziert werden. Es bietet damit seinen Zielgruppen Informationen und audiovisuelle Darstellungen an, die als Orientierungshilfen und Materialien für die Auseinandersetzung mit antisemitischen Narrativen, emotionalisierten und anonymen Online-Debatten sowie gefährlichem Halbwissen an, das zu Begriffen wie "die Rothschilds", "die Illuminaten", "BRD GmbH", "Chemtrails" oder "Holocaust-Industrie" im Internet kursiert. Es seiner Recherchen veröffentlicht die Ergebnisse und Beobachtungen "Erscheinungsformen von Antisemitismus und Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in Berlin, in Berliner Kiezen und Berliner Diskursen" und leistet damit einen Beitrag zu einer gesellschaftlichen Debatte auf der Basis überprüfbarer Fakten, die durch ein intersubjektiv nachvollziehbares Forschen und Erkennen gewonnen werden. Die Recherche des Projekts Mitzpe* - wie auch die der JFDA-Bildungsprojekte, die das Projekt Mitzpe* im Sinne der Gewinnung von Synergien für eine projektübergreifende Öffentlichkeitsarbeit koordiniert – ist weniger quantitativ als vielmehr qualitativ ausgerichtet. Sie baut auf kein System zur Meldung und Registrierung von Fällen, sondern auf die eigene journalistische Recherche und direkt an das JFDA vermittelte Informationen auf, um Antisemitismus in seiner Verwobenheit mit anderen Formen Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit als Alltagsphänomen und als Alltagsideologie in seinen jeweils aktuellen Erscheinungsformen nachvollziehbar zu machen.

Die Koordination der jeweils projektbezogenen Recherchetätigkeiten der JFDA-Bildungsprojekte gewährleistet das Projekt Mitzpe* im Sinne einer effektiven Erzeugung und Nutzung von Synergien sowohl für die projektübergreifende Öffentlichkeitsarbeit des JFDA als auch im Sinne der jeweiligen spezifischen Bedarfslagen der einzelnen JFDA-Bildungsprojekte.

5.5.3 Zielgruppen

Zielgruppen des **Projektes** »Mitzpe* Recherchezentrum Antisemitismus und Demokratiegefährdungen« des JFDA sind einerseits Jugendliche ab dem Alter von 14 Jahren andererseits Multiplikator*Innen und Akteure aus dem Bereich der Pädagogik, der freien Träger und Nichtregierungsorganisationen in den Arbeitsfeldern "Demokratieförderung", "Politische Bildung", "Gestaltung von Vielfalt", "Prävention und Intervention gegen Antisemitismus u. a. Formen Menschenfeindlichkeit", Gruppenbezogener "jüdisches Leben der pluralistischen Einwanderungsgesellschaft" etc., aus Politik und Verwaltung sowie nicht zuletzt der Medien. Der Output des Projektes bedient hier den Bedarf an spezifischer qualifizierter Information aus einer jüdischen Perspektive an der Schnittstelle zwischen jugendgerechten Informationsangeboten, Fachdiskurs, Politik, Verwaltung und Medien (redaktionellem und Online-Journalismus).

5.5.4 Projektziele

Das Projekt »Mitzpe* – Recherchezentrum Antisemitismus und Demokratiegefährdungen« des JFDA

Berlin stellt jungen und von Antisemitismus betroffenen Menschen, Multiplikator*Innen im Bereich der Pädagogik und Jugendhilfe, Nichtregierungsorganisationen, Politik und Verwaltung sowie Medien Ergebnisse seiner Feld- und Diskursbeobachtung sowie vertiefter Recherchen in Form von Videos und Beiträgen (Berichten, Analysen, Kommentaren etc.) zur Verfügung, die aus einer jüdischen Perspektive und unter Berücksichtigung der Anliegen der Betroffenen für alle Erscheinungsformen des seine Verwobenheit mit weiteren Formen von Menschenfeindlichkeit und Demokratiegefährdungen sensibilisieren, Hintergrundwissen vermitteln und aktuelle Materialien für die Auseinandersetzung mit antisemitischen Narrativen, verbreiteten Vorurteilen, Verschwörungsmythen und Falschinformationen zur Verfügung stellen. Dazu wird eine aktuelle Berichterstattung gewährleistet, die über YouTube, Facebook und den Web-Auftritt des JFDA veröffentlicht und auch von etablierten Printmedien, Rundfunk- und Fernsehsendern als Primärquelle genutzt wird.

5.5.5 Methoden

»Mitzpe* Recherchezentrum Kerntätigkeiten des **Projekts** Demokratiegefährdungen« des JFDA Berlin liegen im Bereich der fortlaufenden Feld- und Diskursbeobachtung, vertiefter Recherchen und Berichterstattung nach Maßgabe journalistischer im festgehalten Pressecodex des deutschen Presserates (http://www.presserat.de/fileadmin/user_upload/Downloads_Dateien/Pressekodex2017_web.pdf). D.h., dass die Projektmitarbeitenden ihre zwar aus einer jüdischen Perspektive und so recherchieren und berichten, dass die Sichtweisen und Anliegen der von Antisemitismus Betroffenen angemessene Berücksichtigung finden; dabei nehmen sie ihre publizistischen Aufgaben jedoch fair, nach bestem Wissen und Gewissen sowie unbeeinflusst von persönlichen Interessen und sachfremden Beweggründen wahr. Die publizistischen Tätigkeiten im Projekt sind als solche keiner politischen oder weltanschaulichen Strömung, Gruppierung, Partei oder Institution, sondern der Achtung vor der Wahrheit, der Wahrung der Menschenwürde und der wahrhaftigen Unterrichtung der Öffentlichkeit, der Verwendung der Recherche als Instrument journalistischer Sorgfalt, dem Gebot zur Richtigstellung von veröffentlichten Berichten, die sich im Nachhinein als unrichtig erweisen, der Beachtung des Diskriminierungsverbotes und der rechtlichen und ethischen Grenzen der Recherche, insbesondere dem Schutz der Privatsphäre und der informationellen Selbstbestimmung des Menschen (soweit sein Verhalten nicht von öffentlichem Interesse ist), dem Verzicht auf unangemessene, nämlich ehrverletzende Darstellungen in Wort und Bild und auf die Schmähung religiöser, weltanschaulicher oder sittlicher Überzeugungen sowie der Beachtung der Unschuldsvermutung bei der Berichterstattung über Ermittlungsverfahren, Strafverfahren und sonstige förmliche Untersuchungen verpflichtet. Bei der fortlaufenden Feld- und Diskursbeobachtung geht es weniger um eine quantitative Erfassung von Vorfällen und Straftaten als vielmehr darum, Antisemitismus in all seinen verschiedenen Erscheinungsformen einerseits als Alltagsrealität von Jüdinnen und Juden begreifbar zu machen und andererseits in seiner Verwobenheit mit anderen – etwa rassistischen, ethnozentriert-kulturalistischen, Menschenfeindlichkeit Gruppenbezogener bekenntnisbezogenen Ausprägungen Demokratiegefährdungen (von jeglicher Seite) zu reflektieren und nachvollziehbar zu kontextualisieren. Dem gleichen Zweck dient auch die vertiefte Recherche zu Erscheinungsformen von Antisemitismus, Demokratiegefährdungen Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit und (insbesondere Zusammenhang mit Ungleichheits- und Verschwörungsideologien) – auch mittels Interviews u. a. journalistischer Gesprächsformate - sowie die Reaktion auf aktuelle gesellschaftliche und politische

Diskussionsbeiträge. Dabei erarbeitet das Projekt insbesondere Videos und journalistische Beiträge, die zeitnah über YouTube, Facebook und den Web-Auftritt des JFDA (zum Download) veröffentlicht werden. Denn im digitalen Zeitalter finden demokratische Willensbildungsprozesse vermehrt online statt und es gilt, auch zu diesem digitalen Diskurs fundierte Informationen und Recherchen beizutragen. Zudem erleichtert die Flexibilität neuer Medien eine aktuelle Berichterstattung.

5.6 Projektbeirat für alle Projekte des JFDA

Prof. Dr. h.c. Monika Schwarz-Friesel

- Leiterin des Fachgebietes Allgemeine Linguistik der Technischen Universität Berlin -

Monika Schwarz-Friesel studierte von 1982 bis 1987 deutsche und englische Philologie sowie pädagogische Psychologie an der Universität zu Köln (Promotion 1990, "Kognitive Semantiktheorie"). Nach Lehr- und Forschungstätigkeiten an Universitäten und Instituten in Köln, Edinburgh, Nijmegen und Leipzig habilitierte sie 1998 über "Indirekte Anaphern in Texten". Von 1998 bis 2010 war sie Professorin an der Friedrich-Schiller-Universität in Jena. Seit 2010 ist Monika Schwarz-Friesel Professorin am Lehrstuhl für allgemeine Linguistik an der Technischen Universität Berlin. 2014 verlieh ihr die Universität Debrecen (Ungarn) die Dr. h.c. Würde. Zu ihren Veröffentlichungen gehören unter anderem Die Sprache der Judenfeindschaft im 21. Jahrhundert. Berlin, New York: de Gruyter, 2013, (mit Jehuda Reinarz) sowie der von ihr herausgegebene Sammelband Gebildeter Antisemitismus. Eine Herausforderung für Politik und Zivilgesellschaft. Baden-Baden: Nomos, 2015.

Dr. Hanspeter Blatt

ehemaliger Leiter des Fachbereichs Wissenschaftliche Dienste für Umwelt, Naturschutz, Reaktorsicherheit, Bildung u. Forschung beim Deutschen Bundestag –

Der in Andernach am Rhein geborene Hanspeter Blatt studierte Romanistik und Philosophie an Universitäten in Bonn und Tübingen (Promotion 1979). Anschließend war er bei der Hochschulrektorenkonferenz und bei verschiedenen Stiftungen im Bereich der internationalen Beziehungen und der Entwicklungspolitik tätig. Seit 1987 ist er Mitarbeiter der Verwaltung beim Deutschen Bundestag, ab 2001 Leiter des Fachbereichs Geschichte, Zeitgeschichte und Politik und in dieser Funktion zuständig für die Betreuung der Parlamentspreise des Deutschen Bundestages.

Michael Rump-Räuber

- Referent am LISUM Berlin-Brandenburg -

Michael Rump-Räuber ist ausgebildeter Studienrat in den Fächern Geschichte und Politische Bildung und machte 2010 seinen Master of Arts in den Bereichen "Schulentwicklung und Qualitätssicherung".

Er war Projektleiter im Modellversuch "Demokratie leben und lernen" der Bund-Länder-Kommission sowie in verschiedenen Programmen der Werteerziehung, wie "Aktiv gegen Antisemitismus". Michael Rump-Räuber arbeitet in den Beiräten "Schule der Vielfalt" sowie der Deutsch-Israelischen Gesellschaft mit und ist Mitglied im Beirat "Werteerziehung" des Ministeriums für Bildung, Jugend und Sport

Brandenburg.

Er arbeitet als Referent am Landesinstitut für Schule und Medien Berlin-Brandenburg (LISUM) für den Bereich "übergreifende Themen in der Schulentwicklung".

Barbara Lee Witting

- Oberstudienrätin -

Barbara Lee Witting widmete sich seit ihrem Staatsexamen für das Lehramt am Gymnasium in Englisch und Sozialwissenschaften ganz ihrer Profession. Über die Lehre als Studienrätin, Oberstudienrätin und Studiendirektorin an damaligen Gymnasium Frühlinger Weg in Köln und eine langjährige Tätigkeit als Oberstudiendirektorin und Schulleiterin des Städtischen Nicolaus-Gymnasiums in Bergisch Gladbach, kam sie schließlich nach Berlin. Hier leitete sie von 2002 bis zu ihrem Ruhestand im Jahr 2015 das Jüdische Gymnasium Moses Mendelssohn. Seit sie diesen angetreten hat, engagiert sie sich als jüdisches Vorstandsmitglied des House of One, Bet und Lehrhaus Petriplatz Berlin, als Projektmitglied im Berliner Dialog der Religionen (insbesondere im Bereich Kinder und Jugendliche), als Mitglied bei der WIZO, der deutsch-israelischen Gesellschaft, der Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit, der Mendelssohn-Gesellschaft und des Clubs Berlin. Darüber hinaus wirkt Barbara Lee Witting als Vorsitzende der AG des Zentralrates und der Kultursministerkonferenz an der Entwicklung von Empfehlungen zur Vermittlung des Judentums im Schulunterricht mit.

Dr. Martin Kloke

- Redakteur für Ethik, Philosophie und Religion beim Cornelsen Verlag in Berlin -

Martin Kloke hat das erste und zweite Staatsexamen für das Lehramt an Gymnasien in Gießen und Köln absolviert und über "Israel und die deutsche Linke" promoviert. Er arbeitete in den frühen 1990er Jahren für eine Bonner Studienstiftung und war zwischen 1995 und 2003 Ethik-Redakteur beim Volk und Wissen Verlag. Seit 2004 betreut er im Cornelsen-Verlag am Standort Berlin die Fächer Ethik, Philosophie und Religion. Martin Kloke hat zahlreiche Beiträge zur deutsch-israelischen und christlichjüdischen Beziehungsgeschichte veröffentlicht, u. a: Israel und die deutsche Linke. Zur Geschichte eines schwierigen Verhältnisses (1994); Auf zum letzten Gefecht! Christlicher Zionismus auf dem Vormarsch? In: KZG. Internationale Zeitschrift für Theologie und Geschichtswissenschaft (2008); Deutsch-Israelische Beziehungen, hrsg. v. der Bundeszentrale für politische Bildung (2015); Tatsachen und Legenden. Juden, Judentum und Israel in deutschen Schulbüchern (2016/17).

6. Publikationen

Im Jahr 2018 wurden auf der Website des JFDA zwei Publikationen veröffentlicht. Diese können als pdf-Dateien auf der Website eingesehen und heruntergeladen werden.

6.1 Die freiheitliche Demokratie gegen Antisemitismus verteidigen!

Link zur Publikation (13 Seiten):

https://jfda.de/wp-content/uploads/2018/07/Eckpunkte-zur-Verteidigung-der-freiheitlichen-Demokratie-gegen-Antisemitismus_FIN.pdf

Volltext der Publikation:

Fünf Punkte zu einer nachhaltigen Strategie Berlin, 9. Juli 2018

I. Die Expertise der von Antisemitismus Betroffenen als solche ernst nehmen

Der offen und aggressiv ausgelebte Antisemitismus hat zugenommen. Das hängt nicht nur, aber in erheblichem Umfang mit Entwicklungen in muslimisch geprägten Milieus zusammen. Das erleben die von Antisemitismus Betroffenen – in Deutschland wie in Europa und weltweit.

Diese Entwicklung bildet sich auch in Kriminalstatistiken und sozialwissenschaftlichen Studien ab¹. Dass der offen und aggressiv ausgelebte Antisemitismus zugenommen hat, ist jedenfalls kein bloß "subjektives Empfinden" der Betroffenen, das "objektiven Zahlen" gegenübersteht. Die Wahrnehmung der Betroffenen muss als ein wesentlicher Indikator für Lagebeurteilungen ernst genommen werden.

Die Erfahrung der von Antisemitismus Betroffenen müssen bei der politischen Lagebeurteilung, bei der Präventionsarbeit und Demokratieförderung stärker berücksichtigt werden. Das gilt auch für die in Auftrag gegebenen Studien. Angesprochen sind der Beauftragte der Bundesregierung für jüdisches Leben in Deutschland und den Kampf gegen Antisemitismus, die Parlamente und Regierungen, die Polizei und Justiz, die Innen- und Bildungsverwaltungen, die Demokratie-Förderprogramme des Bundes und der Länder.

II. Die Arbeitsdefinition »Antisemitismus« der IHRA anwenden!

Grundlage für die Auseinandersetzung mit dem Antisemitismus muss die – vom Deutschen Bundestag am 18. Januar 2018 beschlossene (Drucksache 19/444) – »Arbeitsdefinition Antisemitismus« der Internationalen Allianz für Holocaust-Gedenken (IHRA) in der von der Bundesregierung empfohlenen Form sein². Demgemäß sind feindselige Haltungen bis hin zum Hass gegen Personen, Einrichtungen und Organisationen, die als jüdisch oder mit dem Judentum verbunden wahrgenommen werden, sowie die Äußerung dieser feindseligen Haltungen in Wort, Schrift, Bild, Handlungen und Verhaltensweisen als Antisemitismus zu betrachten. Darüber hinaus kann auch der Staat Israel, der dabei als jüdisches Kollektiv verstanden wird, Ziel dieser Feindseligkeit sein. Antisemitismus bezeichnet also alle Formen politisch, sozial, kulturell, rassistisch³ oder religiös grundierte Feindschaft gegenüber dem Judentum und ihm zugeordneten Personen und Einrichtungen. Der Begriff umfasst die traditionelle antijudaistische und rassistische sowie die auf Verschwörungsideologien gegründete Judenfeindlichkeit, aber auch modernere subtile Formen.

Hierbei geht es um solche Wahrnehmungs-, Deutungs- und Verhaltensmuster,

die auf die Umkehr von Täter-Opfer-Verhältnissen abzielen, daher die Shoah leugnen, rechtfertigen oder relativieren oder/und sich gegen die Thematisierung der Shoah richten (Post-Shoah-Antisemitismus),

die "klassisch"-antisemitische Stereotype nutzen, ohne ausdrücklich auf das Judentum Bezug zu nehmen (struktureller Antisemitismus) oder

sich auf den Staat Israel beziehen ("antizionistischer" oder israelbezogener Antisemitismus).

Als israelbezogener Antisemitismus gilt dabei

das Bestreiten des Selbstbestimmungsrechtes des jüdischen Volkes und seines Rechtes, seine nationale Heimstätte im Land Israel als Staat Israel wieder zu errichten und zu verteidigen, also die Delegitimierung der Existenz des Staates Israel,

die Anwendung doppelter Standards (Diskriminierung) bei der Betrachtung des Staates Israel, indem für die Beurteilung und Behandlung Israels andere Maßstäbe als bei anderen Staaten angelegt werden und

die Dämonisierung Israels und/oder der Israelis durch die Verwendung von Stereotypen, Symbolen und Bildern, die mit traditionellem Antisemitismus in Verbindung stehen und/oder durch sachlich unhaltbare Gleichsetzung israelischer Regierungspolitik mit jener des deutschen Nationalsozialismus – insbesondere wenn alle Jüdinnen und Juden kollektiv für Handlungen des Staates Israel verantwortlich gemacht werden.

Die Anwendung der Arbeitsdefinition der IHRA bedeutet, gegen alle Formen des Antisemitismus – einschließlich antijüdischer und antiisraelischer Boykottaufrufe (wie "Boycott, Divestment and Sanctions"/BDS) – Stellung zu nehmen. Diese ausdrückliche und eindeutige Stellungnahme gegen Antisemitismus im Sinne des IHRA-Arbeitsbegriffs ist von den staatlichen Behörden des Bundes und der Länder sowie freien Trägern, die im allgemeinen öffentlichen Interesse staatlich gefördert werden, als verbindliches Kriterium einzufordern. Nämlich als Kriterium für die Entwicklung, Finanzierung, Implementierung und Evaluation von Programmen, Projekten und Maßnahmen zur Integration von Zugewanderten und Flüchtlingen, zur Demokratieförderung, zur Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts, zur politischen Bildung, zur Qualifizierung von pädagogischen Fachkräften, Polizei und Justiz, zur Förderung der kulturübergreifenden und interreligiösen Verständigung etc..

Ebenso ist von allen religiösen und weltanschaulichen Bekenntnisgemeinschaften, die den besonderen Schutz des säkularen Staates für Religionsgemeinschaften in Anspruch nehmen, eine ausdrückliche und eindeutige Stellungnahme gegen jede Form des Antisemitismus zu erwarten. Denn wer als Religionsgemeinschaft den besonderen Schutz des Staates in Anspruch nimmt, ist dafür zur Friedens-, Rechts- und Werteförderung im Sinne des Grundgesetzes verpflichtet. Da das aktive Eintreten für das Existenzrecht und die Sicherheit Israels als konstitutives und verpflichtendes politisches Prinzip des freiheitlich-demokratischen deutschen Nationalstaates nach der Shoah zu betrachten ist, gehört hierzu auch die Anerkennung des Staates Israel als nationale Heimstätte des jüdischen Volkes.

III. Antisemitismus ist ein Angriff auf das ganze freiheitlich-demokratische Gemeinwesen

Die Auseinandersetzung mit dem Antisemitismus ist der Lackmustest für die deutsche Demokratie nach der Shoah. Dabei ist Antisemitismus nicht nur "das Problem der Juden". Antisemitischer Hass ist auch dort ein Problem, wo es gar keine Jüdinnen und Juden gibt. Er richtet sich nicht nur gegen Menschen, die den jüdischen Glauben haben oder annehmen und ausüben oder die sich selbst als jüdisch verstehen oder die nach der Halacha⁴ dem jüdischen Volk angehören oder jüdische Vorfahren haben. Antisemitismus richtet sich gegen Personen, Gruppen und Einrichtungen, die als jüdisch

wahrgenommen werden – und kann auch von Personen ausgehen, die selbst einen jüdischen Hintergrund haben.

Antisemitismus ist immer auch ein Angriff auf die Unantastbarkeit der Menschenwürde (Art. 1 GG, Art. 1 EU-GRC), auf das Diskriminierungsverbot (Art. 3 GG, Art. 21 EU-GRC) – v.a. auf das Verbot der Ungleichbehandlung wegen der Abstammung, der "Rasse", der ethnischen Herkunft oder Zugehörigkeit und der Religion oder Weltanschauung – sowie auf das Recht auf Glaubens-, Gewissens- und Religionsfreiheit (Art. 4 GG, Art. 10 EU-GRC). Er ist ein Angriff auf den aufgeklärten Humanismus als geistiges Fundament freiheitlichdemokratischer Gemeinwesen. Judenfeindschaft rührt an den fundamentalen Normen der pluralistischen Bürgergesellschaft und ihrer freiheitlichen Demokratie. Verächter der Demokratie, die ideologisch ansonsten inkompatibel sind, treffen sich in ihren antisemitische Stereotypen, Ressentiments und Feindbildern.

Im Antisemitismus sind religionsbezogen, kulturalistisch⁵, ethnozentriert⁶, rassistisch, intellektuellenund elitenfeindlich diskriminierende Wahrnehmungs-, Deutungs- und Verhaltensmuster ausgeprägt, die einerseits in besonderer und einzigartiger Weise gegen alles gerichtet sind, was mit dem Judentum assoziiert wird. Andererseits sind gegen andere Menschengruppen gerichtete Vorurteils- und Diskriminierungsmuster im Sinne eines "Syndroms" der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit⁷ durchaus mit antisemitischen Haltungen verbunden. So hat, wer antisemitisch eingestellt ist, in der Regel auch andere – etwa rassistische, kulturalistische, ethnozentrierte, sozialchauvinistische⁸, sexistische⁹, homo- und transphobe¹⁰ oder muslimfeindliche¹¹ – Ressentiments. Teilweise bauen diese Ressentiments auch auf Mustern auf, die in der über 1.500jährigen Geschichte judenfeindlicher Ideologien, Stereotype und Hetze vorgeprägt wurden.

So ist Antisemitismus einerseits ein besonderes Diskriminierungsmuster und eine spezifische Hassideologie. Andererseits ist er aber auch im Zusammenhang der Gesamtheit von – rassistischen, ethnozentriert-kulturalistischen und religionsbezogenen, aber auch sozialen, sexistischen, LSBTIQ-feindlichen¹² u.a. – Formen der Diskriminierung und Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit zu behandeln. Sympathiebekundungen für Opfer antisemitischer Straftaten diskreditieren sich, wenn sie im Wesentlichen der pauschalisierenden Hetze gegen andere Bevölkerungsgruppen und Religionen, etwa für islam- und muslimfeindliche Demagogie dienen. Das gilt insbesondere, wenn islamfeindliche "Philosemiten" sich nicht klar gegen jedweden deutsch-völkischen¹³ oder "identitär"¹⁴-kulturalistischen Nationalismus abgrenzen, der die Erinnerungskultur bezüglich der Shoah verunglimpft, die Shoah relativiert, leugnet oder rechtfertigt und weiter das Bild vom "talmudischen Ghetto-Juden" als "innerem Feind des christlichen Abendlandes" sowie antisemitische Verschwörungsmythen verbreitet.

Die Institutionen, Instrumente und Maßnahmen zur Auseinandersetzung mit dem Antisemitismus müssen davon ausgehen, dass Judenfeindschaft ein besonderes Phänomen ist, das nicht unter andere Kategorien subsumierbar, aber mit anderen Erscheinungsformen Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit verbunden ist und die gesamte Gesellschaft betrifft.

So müssen z. B. der Zuschnitt, die Ressourcen, Ausstattung, Kompetenzen und Kooperationsstrukturen der Stelle des Beauftragten der Bundesregierung für jüdisches Leben in Deutschland und den Kampf gegen Antisemitismus der Singularität des Antisemitismus wie seiner Verwobenheit mit anderen Erscheinungsformen Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit und extremistischen Bestrebungen (religionsbezogener Chauvinismus, Rassismus, ethnozentierter Kulturalismus, traditionell-völkischer und "identitärer" Rechtsextremismus, Islamismus¹⁵ etc.) Rechnung tragen. Sie müssen dabei auch geeignet sein, dem Antisemitismus als Angriff auf das Konzept der allgemeinen und unteilbaren Menschenrechte, auf die Fundamente der säkularen,

rechtsstaatlichen und freiheitlichen Demokratie sowie auf den Ethos des aufgeklärten Humanismus entgegen zu treten.

Für die Stärkung der Handlungsfähigkeit gegenüber dem Antisemitismus in all seinen Erscheinungsformen – nicht zuletzt als antimodernistischer Angriff auf die Grundwerte und Normen der freiheitlichen Demokratie – ist eine Behandlung des Antisemitismus nur als ein Vorurteilsmuster unter vielen nicht hinreichend, zumal sie auch auf sachlich unhaltbare Gleichsetzungen (z. B. »Antisemitismus = Rassismus = Muslimfeindlichkeit«) hinauslaufen kann. Auf dieses Problem müssen Förderinstrumente des Bundes und der Länder eine Antwort finden, und sie in ihren Anforderungen an die Entwicklung, Implementierung und Evaluation sowie an die Maßnahmenträger anwenden.

IV. Für eine aufgeklärt-humanistische und demokratische Kultur des Zusammenlebens

Da Antisemitismus immer auch ein Angriff auf fundamentale Werte und Normen der freiheitlichen Demokratie ist, der die gesamte Gesellschaft betrifft, genügt es nicht, ihn bloß als Judenfeindlichkeit zu bekämpfen. Die den Menschenrechten verpflichtete, freiheitliche Demokratie ist die stärkste Bastion gegen den Antisemitismus. So muss es bei der Auseinandersetzung mit allen Formen des Antisemitismus nicht nur um das GEGEN (Judenfeindlichkeit), sondern nicht zuletzt auch um das FÜR gehen – FÜR die Werte und Normen der säkularen, rechtsstaatlichen und freiheitlichen Demokratie des Grundgesetzes und FÜR die allgemeinen und unteilbaren Menschenrechte, wie sie im Grundgesetz für die Bunderepublik Deutschland, in der EU-Grundrechtecharta und im UN-Zivilpakt rechts-wirksam konkretisiert sind. Diese Menschenrechte sind durch keine Religion, Kultur oder ethnische Tradition relativierbar, sondern kommen allen Menschen ohne irgendeinen Unterschied, etwa nach Abstammung, "Hautfarbe", Geschlecht, Religion oder Weltanschauung, ethnischer oder sozialer Herkunft, Vermögen oder sonstigem Stand zu.

Das bürgerschaftliche Gemeinwesen ist (nach Marcus Tullius Cicero) eine Vereinigung von Menschen, die das Gesetz zusammenbindet (Concilium coetusque hominum iure sociati). Das Gemeinwesen wird durch das allgemeine Recht und die sich aus ihm ergebenden Pflichten - d.h.: das verantwortliche Handeln und den Dienst für die Allgemeinheit aus Achtung vor dem Gesetz - und Rechte der Bürger freiheitlich-demokratische Gemeinwesen wird aber als Solidargemeinschaft nicht nur durch Verfassungs-, Gesetzes und Vertragstexte zusammengehalten. Sein Zusammenhalt lebt – über die gemeinsame Landes- und Amtssprache hinaus – auch von Symbolen, Leitbildern, Ritualen und Konventionen, in denen der aufgeklärt-humanistische Ethos sowie die fundamentalen Werte und Normen der freiheitlichen Demokratie der staatsbürgerlichen Kultur (civic culture) Ausdruck finden. Die staatsbürgerliche Kultur einer auf den Willen ihrer freien und - als solche – gleichen Bürgerinnen und Bürger gegründeten Staatsnation verbindet die Angehörigen eines soziokulturell, ethnisch und religiös-weltanschaulich vielfältigen Staatsvolkes miteinander zu einer bürgerschaftlichen Solidargemeinschaft, die Einheit und Zusammenhalt in Vielfalt ermöglicht. Solidarität bedeutet, dass grundsätzlich Ebenbürtige im Sinne gemeinsamer Interessen, Prinzipien und Vorhaben auf Augenhöhe und Gegenseitigkeit sich wechselseitig Hilfe leisteten. Dabei steht jedes Mitglied der Solidargemeinschaft für das Ganze und die gesamte Solidargemeinschaft für jedes Mitglied ein. Die Solidargemeinschaft der pluralistischen Bürgergesellschaft verwirklicht sich in einer gelebten Kultur des gesellschaftlichen Zusammenlebens, welche den Ethos und die grundlegenden Werte des Verfassungskonsenses erfahrbar macht.

Nur in einer Kultur des gesellschaftlichen Zusammenlebens, in welcher der aufgeklärt-humanistische Ethos einer den Menschenrechten verpflichteten, freiheitlichen Demokratie erfahrbar wird, können Jüdinnen und Juden zugleich als solche nach ihrer jeweils eigenen Definition ihres Jüdischseins und als Freie und Gleiche in einer mehrheitlich nichtjüdischen Gesellschaft leben.

Der säkulare, freiheitlich-demokratische Rechtsstaat gewährleistet für Jüdinnen und Juden wie für die Angehörigen aller anderen ethnisch und religiös-weltanschaulich definierten Bevölkerungsgruppen den Schutz vor Diskriminierung wegen der Religion oder Weltanschauung, der ethnischen Herkunft und Identität sowie der Abstammung und das Grundrecht auf freie Entfaltung der Persönlichkeit. Ebenso – nämlich Rahmen der allgemeinen und unteilbaren Menschenrechte – gewährleistet er das Grundrecht auf Religionsfreiheit jedes einzelnen mündigen Menschen. Es umfasst die Freiheit, eine Religion oder eine Weltanschauung eigener Wahl zu haben oder anzunehmen, die Freiheit zu deren Wechsel, die Freiheit, seine Religion oder Weltanschauung einzeln oder in Gemeinschaft mit anderen öffentlich oder privat, durch Gottesdienst, Unterricht, Bräuche und Riten zu bekennen und auszuüben. Niemand darf einem Zwang ausgesetzt zu werden, der seine – positive und negative – Religionsfreiheit¹⁶ beeinträchtigen würde.

Von den religiösen und weltanschaulichen Bekenntnisgemeinschaften, die den besonderen Schutz des säkularen Staates für Religionsgemeinschaften in Anspruch nehmen und von der staatlichen Begünstigung der Religionsausübung als einer öffentlichen Aufgabe profitieren, wird wiederum erwartet, dass sie ihrerseits den freiheitlichen demokratischen Rechtsstaat dadurch unterstützen, dass sie friedens-, rechts-, und wertefördernd wirken und das Gewalt- und Strafmonopol des säkularen Rechtsstaates anerkennen. Mit der Wahrnehmung dieser Aufgabe tragen religiöse und weltanschauliche Gemeinschaften zu einer Kultur des gesellschaftlichen Zusammenlebens bei, die der auf die Menschenrechte gegründeten, freiheitlichen und rechtsstaatlichen Demokratie und ihrem aufgeklärthumanistischen Ethos der verpflichtet ist. Zum friedens- und wertefördenden Wirken gehören die kritisch-historische Exegese heiliger Schriften und die theologische Auseinandersetzung mit der politischen Geschichte der eigenen Religionsgemeinschaft. Dies beinhaltet z.B. die Aufarbeitung der Verbreitung von christlichen "Gottesmord"- und Ritualmordlegenden genauso wie die kritische Distanz zu den judenfeindlichen Aussagen im Koran und den Hadithen.

Die Bereitschaft, diesen Beitrag zu einer gruppenübergreifenden Kultur des gesellschaftlichen Miteinanders im freiheitlich-demokratischen Gemeinwesen einer pluralistischen Bürgergesellschaft zu leisten, ist weder ein exklusives noch ein unangemessen exkludierendes Kriterium für die Zusammenarbeit mit religiös-weltanschaulichen Gemeinschaften und Organisationen. Sie ist dementsprechend auch als ein maßgebliches Kriterium für die Zusammenarbeit staatlicher Behörden mit religiös-weltanschaulichen Gemeinschaften und Organisationen geeignet. Die Bereitschaft und Fähigkeit, den von religiös-weltanschaulichen Gemeinschaften geforderten Beitrag zu einer aufgeklärthumanistischen und demokratischen Kultur des Zusammenlebens zu leisten, gehört somit zu den grundlegenden Qualifikationen öffentlicher akademischer Ausbildungseinrichtungen für Theologie.

Angesprochen sind auch die demokratischen Parteien, die großen Verbände und Träger der sozialen Gemeinwesenarbeit, die Regeleinrichtungen des Erziehungs- und Bildungswesens sowie alle im allgemeinen öffentlichen Interesse mit öffentlichen Mitteln geförderten Institutionen gefordert, eine Kultur des gesellschaftlichen Miteinanders im freiheitlich-demokratischen Gemeinwesen der pluralistischen Bürgergesellschaft zu fördern, die sich am Ethos der humanistischen Aufklärung orientiert.

Angesichts der Anerkennung für Künstler, die mit antisemitischen, sexistischen und homophoben Texten schockieren, sind auch Künstlerinnen und Künstler sowie die Kultur- und Medienbranche (insbesondere sozialer Medien.) aufgefordert, sich kritisch mit dem Verhältnis der Freiheit der Kunst zur Achtung der Menschenwürde auseinanderzusetzen. Ein kritischer Diskurs innerhalb der Branche über ethische Standards ist überfällig, wenn die Kunstfreiheit insbesondere in bestimmten Jugend- und Subkulturen dazu genutzt wird, bestimmte Bevölkerungsgruppen und ihnen zugeordnete Menschen zu

beschimpfen, böswillig verächtlich zu machen oder zu verleumden. Dabei geht es weniger um Verbote als um konstruktive Projekte (Konzerte, Events, Videos etc.) zur jugendgerechten und kreativen Auseinandersetzung mit der Frage, wie man in Deutschland zusammenleben will – und zwar eine kreative Auseinandersetzung, die nicht zuletzt sozial benachteiligte und bildungsärmere Jugendmilieus erreicht.

Denn eine bürgerschaftliche Kultur, die den aufgeklärten Humanismus sowie die Werte und Normen der freiheitlichen Demokratie in das alltägliche gesellschaftliche Miteinander (auch in sozial benachteiligten Milieus) übersetzt, ist auch deshalb notwendig, um diese Kultur rassistischen, ethnozentrierten und ausgrenzend-kulturalistischen "christlich-abendländischen" Identitätskonstruktionen völkischnationalistischer sowie "identitär"-rechtextremistischer Bestrebungen, aber auch islamistischen Identitätskonstruktionen entgegenstellen zu können.

V. Zentrale Herausforderungen im Kontext der Auseinandersetzung mit Antisemitismus

Die Auseinandersetzung mit dem Antisemitismus bedarf der Auseinandersetzung mit allen seinen Erscheinungsformen (im Sinne »Arbeitsdefinition Antisemitismus« der Internationalen Allianz für Holocaust-Gedenken). Sie muss die Perspektive, Erfahrungen und Expertise der Betroffenen in eigener Sache ernst nehmen und zugleich den Antisemitismus als Angriff auf das ganze freiheitlichdemokratische Gemeinwesen als solches abwehren.

Die Bundesrepublik Deutschland ist als politisches Gemeinwesen auf die freiheitliche demokratische Grundordnung des Grundgesetzes gegründet. Deren Wesenskern ist – als Lehre aus den Schrecken der nationalsozialistischen Willkürherrschaft und des Zivilisationsbruchs der Shoah - das Bekenntnis zur unantastbaren Würde des Menschen sowie zu den unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechten. Mit der freiheitlichen demokratischen Grundordnung als Fundament eines legitimen deutschen Nationalstaates nach der Shoah ist als konstitutives und verpflichtendes politisches Prinzip auch das aktive Eintreten gegen jede Form von Antisemitismus und für das Existenzrecht und die Sicherheit Israels verbunden. Dieser Grundsatz der deutschen Demokratie nach der Shoah fordert nicht nur die Anerkennung des Selbstbestimmungsrechtes des jüdischen Volkes und seines Rechtes, seine nationale Heimstätte im Land Israel als Staat Israel wieder zu errichten und zu verteidigen. Er aktive Solidarität mit diesem Staat Israel, der (im Unabhängigkeitserklärung vom 14. Mai 1948) auf Freiheit, Gerechtigkeit und Frieden im Sinne der Visionen der Propheten Israels gründet ist, all seinen Bürgerinnen und Bürgern soziale und politische Gleichberechtigung verbürgt, die Heiligen Stätten unter seinen Schutz nimmt und sich - den Grundsätzen der Charta der Vereinten Nationen verpflichtet – um Frieden mit seinen Nachbarvölkern bemüht.

Daher ist Antisemitismus immer auch ein Angriff auf die Fundamente der freiheitlich-demokratischen Grundordnung des deutschen Nationalstaates nach der Shoah. In diesem Sinne ist die Bekämpfung des Antisemitismus als nationale Aufgabe zu verstehen, der lediglich drei Absätze im Nationalen Aktionsplan gegen Rassismus¹⁷ nicht wirklich gerecht werden.

Im Kern geht es bei der Auseinandersetzung mit dem Antisemitismus nicht zuletzt um die Verteidigung des aufgeklärt-humanistischen Universalismus gegen verschiedene Formen des ethnozentrierten Kulturrelativismus¹⁸ sowie um die Verteidigung des emanzipatorischen Individualismus¹⁹ in der Tradition der Aufklärung gegen unterschiedliche Formen des antimodernistisch-rückwärtsgewandten, autoritären Kollektivismus. Diese Auseinandersetzung ist nicht zuletzt ein Kampf um kulturelle Deutungsmacht, den die Verfassungsorgane und Behörden des freiheitlich-demokratischen Rechtsstaates nur gemeinsam mit Verfechtern der freiheitlichen Demokratie, der Menschenrechte und

des aufgeklärten Humanismus in der Zivilgesellschaft erfolgreich führen können.

Die staatlichen Akteure auf Bundes- und Landesebene sind allerdings gefordert,

die Auseinandersetzung mit allen Erscheinungsformen des Antisemitismus in den Demokratie-Förderprogrammen des Bundes und der Länder sowie bei der Evaluation der Wirksamkeit und Qualitätsentwicklung der geförderten Maßnahmen und Projekte zu stärken,

die Wahrnehmungsfähigkeit, Einordnungskompetenz und professionellen Handlungsfähigkeit bezüglich aller Erscheinungsformen des Antisemitismus bei den Polizei- und Justizbehörden des Bundes und der Länder zu optimieren,

die (sozial-) pädagogischen Akteure in Elternarbeit, Schule, Sozialer Arbeit (Jugend- und Nachbarschaftszentren), der Trainerinnen und Trainer, Betreuerinnen und Betreuer im Sport und in der Freiwilligenarbeit, in der Flüchtlingshilfe und Integrationsförderung usw. bei der Verbesserung ihrer Fähigkeiten, Antisemitismus zu erkennen und ihm effektiv entgegen zu wirken, zu unterstützen.

Es geht um die Stärkung der Handlungsfähigkeit der ganzen Gesellschaft gegen alle Erscheinungsformen des Antisemitismus. Sie folgt der Erkenntnis dass Antisemitismus nicht um ein Problem nur "der Juden", sondern um die Verteidigung der grundlegenden gemeinsamen Werte und Normen der freiheitlich-demokratischen Bürgergesellschaft und ihres rechtsstaatlichen Gemeinwesens geht. Dies ist nicht zuletzt in der kritischen – auch dialogischen – Auseinandersetzung mit religiösweltanschaulichen Gemeinschaften und Verbänden konsequent deutlich zu machen, zu denen es begründete Hinweise auf Verbindungen zu antisemitischen Bestrebungen gibt. Wer über offenkundige antisemitische Ressentiments in falsch verstandener "Toleranz" hinwegsieht, begünstigt damit den wachsenden Antisemitismus und die Erosion des grundgesetzlichen Verfassungskonsenses.

Abkürzungsverzeichnis:

GG: Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland

EU-GRC: Charta der Grundrechte der Europäischen Union (verkürzt: EU-Grundrechtecharta)

IHRA: International Holocaust Remembrance Alliance (dt.: Internationale Allianz für Holocaust-Gedenken)

K.d.ö.R.: Körperschaft des öffentlichen Rechts

Anmerkungen und Glossar:

1 "Wir haben qualitativ festgestellt, dass der Ton ganz klar in allen Gesellschaftsschichten rauer geworden ist, dass wesentlich mehr offene Verbalantisemitismen geäußert wurden." (Prof. Monika Schwarz-Friesel im JFDA-Interview vom 09.05.2018). Vgl. auch den AJC-Forschungsbericht "Einstellungen von Geflüchteten aus Syrien und dem Irak zu Integration, Identität, Juden und Shoah" vom Dezember 2017 (https://ajcberlin.org/sites/default/files/ajc_studie_gefluechtete_und_antisemitismus_2017.pdf) sowie Gerald Wagner, "Wovon man lieber nicht spricht" Frankfurter Allgemeine Zeitung Nr. 152 vom 04.07.2018

² Arbeitsdefinition zum Begriff des Antisemitismus der International Holocaust Remebrance Alliance

(IHRA):

"Antisemitismus ist eine bestimmte Wahrnehmung von Juden, die im Hass auf Juden Ausdruck finden kann. Rhetorische und physische Manifestationen von Antisemitismus richten sich gegen jüdische oder nicht-jüdische Individuen und/oder ihr Eigentum, gegen Institutionen jüdischer Gemeinden und religiöse Einrichtungen." Die Bundesregierung erweitert diese Definition um den folgenden Satz: "Darüber hinaus kann auch der Staat Israel, der dabei als jüdisches Kollektiv verstanden wird, Ziel solcher Angriffe sein."

Zur Illustration der Arbeitsdefinition gibt die IHRA folgende Beispiele:

"Manifestationen können die Fokussierung auf den Staat Israel sein, wenn er als jüdisches Kollektiv wahrgenommen wird. Eine Kritik an Israel, die sich auf einem Niveau bewegt, wie sie ein beliebiges anderes Land treffen könnte, ist allerdings nicht als antisemitisch anzusehen. Antisemitismus beschuldigt Juden häufig der Verschwörung zum Schaden der Menschheit und wird häufig verwendet, um Juden dafür verantwortlich zu machen, »warum Dinge falsch laufen«. Er findet in gesprochenen, geschriebenen und visuellen Formen und Handlungen Ausdruck, und bedient sich düsterer Stereotypen und Zuschreibungen negativer Charaktereigenschaften. Zeitgenössische Beispiele von Antisemitismus im öffentlichen Leben, den Medien, Schulen, am Arbeitsplatz und im religiösen Raum könnten, unter Berücksichtigung des Gesamtkontextes, einschließen, sind aber nicht beschränkt auf:

Aufruf zu, Beihilfe zu oder Rechtfertigung des Tötens oder Verletzens von Juden im Namen einer radikalen Ideologie oder einer extremistischen Auffassung von Religion.

Aufstellung unwahrer, entmenschlichender, dämonisierender oder stereotyper Behauptungen über Juden als solche oder die Macht von Juden als Kollektiv – so wie, besonders, jedoch nicht ausschließlich, der Mythos über eine jüdische Weltverschwörung oder von Juden, die die Medien, Wirtschaft, Regierung oder andere gesellschaftliche Institutionen kontrollieren.

Anschuldigungen gegen die Juden als Volk, sie seien verantwortlich für reales oder fiktives Fehl verhalten, das durch eine einzelne jüdische Person oder Gruppe oder sogar von Nicht-Juden begangen wurde

Leugnung der Tatsache, des Umfangs, der Mechanismen (z.B. Gaskammern) oder der Absicht des Genozids am jüdischen Volk durch das nationalsozialistische Deutschland und seine Unterstützer und Komplizen während des Zweiten Weltkriegs (Holocaust).

Anschuldigungen gegen die Juden als Volk oder Israel als Staat, sie erfänden den Holocaust oder übertrieben ihn betreffend.

Anschuldigungen gegen jüdische Bürger, sie seien Israel oder den angeblichen Prioritäten der Juden weltweit gegenüber loyaler als ihren eigenen Ländern.

Das Absprechen des Rechts auf Selbstbestimmung des jüdischen Volkes, beispielsweise durch die Aussage, die Existenz des Staates Israel sei ein rassistisches Projekt.

Das Anwenden von doppelten Standards durch das Einfordern eines Verhaltens, wie es von keiner anderen demokratischen Nation erwartet oder gefordert wird.

Die Verwendung von Symbolen und Bildern des klassischen Antisemitismus (z.B. die Juden hätten Jesus getötet oder das Motiv des Ritualmords), um Israel oder Israelis zu charakterisieren.

Vergleiche der heutigen israelische Politik mit der der Nazis.

Kollektive Verantwortlichmachung der Juden für die Handlungen des Staates Israel.

Antisemitische Handlungen sind kriminell, wenn sie durch das Gesetz als kriminell eingestuft sind (z.B. die Leugnung des Holocaust oder die Verteilung antisemitischer Materialien in einigen Ländern). Kriminelle Handlungen sind antisemitisch, wenn die Ziele von Angriffen, seien sie Menschen oder Sachen – wie Gebäude, Schulen, religiöse Einrichtungen und Friedhöfe – ausgewählt werden, weil sie

jüdisch sind oder als jüdisch wahrgenommen werden oder mit Juden in Zusammenhang gebracht werden. Antisemitische Diskriminierung ist, Juden Möglichkeiten oder Dienste zu verweigern, die anderen zur Verfügung stehen; sie ist in vielen Ländern rechtlich nicht zulässig.

- ³ Rassismus: Als Rassismus wird hier die Gesamtheit von Theorien, ideologischen Konzepten, Haltungen, Deutungs- und Verhaltensmustern bezeichnet, die von der Behauptung der Existenz verschiedener menschlicher "Rassen" ausgehen, denen "typische" physiognomische, mentale, kulturelle und charakterliche Merkmale zugeordnet werden. Rassismus ist demnach eine Denkstruktur, der folgende Kernelemente zugrunde liegen: (1.) Eine Einteilung der Menschheit in Gruppen, die (2.) als biologische Abstammungsgemeinschaften aufgefasst werden, denen (3.) bestimmte kollektive Merkmale und Fähigkeiten zugeschrieben werden, welche (4.) als nicht oder nur schwer veränderlich angesehen und die (5.) einer direkten oder indirekten Wertung unterzogen werden. Kurz: Rassismus ist die ideologische Konstruktion von Ungleichheit nach Maßgabe der Abstammung.
- ⁴ Halacha: Die Halacha ist der rechtliche Teil der Überlieferung des Judentums. Die Halacha umfasst die 613 Mizwot (Gebote), deren spätere Auslegung im Talmud und rabbinischem Gesetz sowie die Bräuche und Traditionen, die im Schulchan Aruch zusammengefasst wurden, und enthält darüber hinaus aber auch allgemeine Rechtsgrundsätze.
- ⁵ Kulturalismus: In den Sozialwissenschaften wird der Begriff Kulturalismus als Bezeichnung für die Überbewertung des Kulturellen gegenüber anderen gesellschaftlichen Faktoren verwendet. Dies betrifft insbesondere Wahrnehmungs- und Deutungsmuster, die Kulturen als tendenziell gleichförmig, unveränderlich und klar gegen einander abgrenzbar verstehen, Kultur im Wesentlichen mit Ethnizität oder Nationalität verbinden (oder gleichsetzen) und vergleichbar dem rassistischen Konzept der "Rasse" als ausschlaggebendes Kriterium der Festschreibung des "Anderen" auf seine Andersartigkeit bzw. der Wesenheit (Essenz) des "Eigenen" essentialisieren. Bezogen auf die Einwanderungsgesellschaft kann unter Kulturalismus ein Ensemble politischer und sozialer Deutungsmuster und Praktiken verstanden werden, die von der Vorstellung geprägt sind, dass kulturelle Identitäten prinzipiell unveränderlich und kulturelle Differenzen praktisch unauflösbar seien.
- ⁶ Ethnozentrismus: Ethnozentrismus ist die Tendenz, eine andere (ethnische) Kultur oder Gruppe aus Sicht der eigenen (ethnischen) Kultur zu bewerten. Dabei kommt es häufig zu einer Überhöhung der eigenen und der Abwertung der anderen Kultur. Die Deutung gesellschaftlicher Realitäten wird im Ethnozentrismus übertrieben am Merkmal der Ethnizität ausgerichtet und die Bedeutung dieses Merkmals überbewertet. Mit Ethnozentrismus wird auch die Überbewertung ethnischer Zuordnungen bezeichnet: Ethnozentristische Ideologien unterscheiden und kategorisieren Menschen nach ihrer Volks- bzw. Volksgruppenzugehörigkeit, d.h.: vor allem anhand kultureller Kollektivmerkmale (Sprache, Gebräuche, Sitten, Riten, Traditionen etc.).
- Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit: Der Begriff "Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit" (kurz: GMF) wurde von dem Soziologen Wilhelm Heitmeyer geprägt und fasst unterschiedliche Einstellungsmuster bzw. Ideologeme, die eine Ungleichheit und Ungleichwertigkeit Menschen nach (rassistischen, ethnozentriert-kulturalistischen, konfessionalistischen, von sozialchauvinistischen, heteronormativ-homophoben) sexistischen und Gruppenzuordnungen behaupten, in ein integratives Konzept.

Dabei definiert die Forschungsgruppe um Heitmeyer diese Oberkategorie feindseliger Haltungen und Verhaltensmuster gegenüber als "anders" wahrgenommenen Menschengruppen als ein Syndrom: Wer

Menschen verschiedenen "Rassen" zuordnet und andere "Rassen" gegenüber der "eigenen" abwertet, neigt zumeist auch zu kulturellem und nationalem Chauvinismus, zur Ablehnung von Juden, Muslimen, Homosexuellen, sozialen Randgruppen usw.

- ⁸ Chauvinismus und Sozialchauvinismus: Chauvinismus im ursprünglichen Sinn ist ein aggressiver Nationalismus, bei dem sich Angehörige einer Nation aufgrund ihrer Zugehörigkeit zu dieser gegenüber Menschen anderer Nationen überlegen fühlen und sie abwerten (Glaube an die Überlegenheit der eigenen Gruppe). Sozialchauvinismus bedeutet die Stereotypisierung und Abwertung von Menschen aufgrund ihrer sozial-ökonomisch schwächeren Position, beziehungsweise ihrer sozialen Herkunft und ihres Status, der »niedriger« klassifiziert wird.
- ⁹ Sexismus: Sexismus ist ein Oberbegriff für eine breite Palette von Einzelphänomenen unbewusster oder bewusster Diskriminierung auf der Basis des Geschlechts. Grundlage von Sexismus sind sozial geteilte, implizite Geschlechtertheorien bzw. Geschlechtsvorurteile, die von einem ungleichen sozialen Status von Frauen und Männern ausgehen und sich in Geschlechterstereotypen, Affekten und Verhaltensweisen zeigen.
- ¹⁰ Homophobie und Transphobie: Homophobie bezeichnet eine gegen Lesben und Schwule gerichtete soziale Aversion (Abneigung) oder Feindseligkeit. Homophobes Verhalten steht teilweise in einem engen Zusammenhang zur Transphobie, da Außenstehende die vermeintliche Homosexualität einer Person häufig an deren Abweichung von als geschlechtstypisch geltenden Verhaltens- und Ausdrucksweisen zu erkennen glauben.
- ¹¹ Islamfeindlichkeit und Muslimfeindlichkeit (Muslimenfeindlichkeit): Islamfeindlichkeit = Feindselige Ablehnung des Islam als Religion (Gleichsetzung mit Islamismus = politisch ideologisierter Islam) Muslimfeindlichkeit = feindselige Ablehnung der Muslime, d.h. der Menschen, die "dem Islam" zugeordnet werden.
- ¹² LSBTIQ: Steht für Lesbisch Schwul Bi Trans* Inter* Queer bzw. im Englischen entsprechend für Lesbian Gay Bisexual Trans Intersex Queer. Es gibt Kürzel, die nicht alle diese Bezeichnungen enthalten, und solche, die darüber hinausgehen (z.B. LGBTIQQ das letzte "Q" steht dabei für "Questioning" also "in Frage stellend").
- ¹³ Völkisch/deutsch-völkisch: Als "völkisch" bezeichnet man eine radikal-nationalistische Einstellung, das eigene, im Sinne einer "rassischen Blutsgemeinschaft" definierte Volk verabsolutiert. "Völkisch" transportiert auch in seiner modernen Variante einen rassistischen Volksbegriff, der nicht zuletzt antisemitisch konnotiert ist. Im deutschsprachigen Raum wurde der Begriff seit dem 19. Jahrhundert als Selbstbezeichnung von der völkischen Bewegung übernommen und zu einem Schlüsselbegriff des völkischen Nationalismus und Nationalsozialismus.
- ¹⁴ Identitär/Identitäre Bewegung: Das Adjektiv "identitär" wird von der rechtsextremen "Identitären Bewegung Deutschland" (IBD) als ethnokulturell und organisch verstanden und propagiert. So ist auf den Internetseiten der IB von einer bedrohten deutschen und europäischen Identität die Rede. Deutschland und Europa werden als Raum aus organischen und ethnokulturell reinen Völkern konstruiert, dessen kulturelle Identitäten durch außereuropäische Masseneinwanderung und Islamisierung bedroht seien. Die IBD wird von deutschen Verfassungsschutzbehörden dem Phänomenbereich "Rechtsextremismus" (in Berlin: der Unterkategorie "Muslimenfeindlichkeit") zugeordnet und beobachtet.

- ¹⁵ Islamismus: Der Islamismus in Deutschland ist kein einheitliches Phänomen. Allen Ausprägungen gemeinsam ist die politische Ideologisierung der islamischen Religion. Islamistische Ideologie geht von einer göttlichen Ordnung aus, der sich Gesellschaft und Staat unterzuordnen haben. Dieses "Islam"-Verständnis steht im Widerspruch zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung. Verletzt werden dabei vor allem die demokratischen Grundsätze der Trennung von Staat und Religion, der Volkssouveränität, der Gleichstellung der Geschlechter sowie der religiösen und der sexuellen Selbstbestimmung.
- ¹⁶ Positive und negative Religionsfreiheit: Die Religionsfreiheit wird durch das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland, die EU-GRC sowie durch die Europäischen Menschenrechtskonvention garantiert. Dabei gilt das Recht, eine Religion oder Weltanschauung eigener Wahl zu haben und auszuüben, als positive Religionsfreiheit; als negative Religionsfreiheit gilt das Verbot, jemanden zu einem bestimmten weltanschaulichen Bekenntnis oder der Befolgung religiöser Regeln, Bräuche und Riten zu zwingen.
- ¹⁷ Nationaler Aktionsplan gegen Rassismus: Wesentlicher Kern des Nationalen Aktionsplan gegen Rassismus (NAP) sind die Positionen sowie bisherige und geplante Maßnahmen der Bundesregierung in folgenden Handlungsfeldern: Menschenrechtpolitik; Schutz vor Diskriminierung und Ahndung von Straftaten; Bildung, Politische Bildung; Gesellschaftliches und politisches Engagement für Demokratie und Gleichwertigkeit; Diversität im Arbeitsleben, Aus- und Fortbildung sowie Stärkung interkultureller und sozialer Kompetenz im Beruf; Rassismus und Hass im Internet sowie Forschung. Die Ausarbeitung des Nationalen Aktionsplans der Bundesregierung erfolgte in ressortübergreifender Zusammenarbeit und in fachlicher Federführung des Bundesministeriums des Innern (BMI) und des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ).
- ¹⁸ Kulturrelativismus: Kulturrelativismus ist ein Gegenbegriff zum ethischen Universalismus. Während universalistische Positionen davon ausgehen, dass es eine allgemein gültige Ethik gibt, deren wesentlicher Kerngehalt z. B. in allen Weltreligionen zu finden ist und demgemäß z.B. universelle Menschenrechte begründet, die jedem Menschen aufgrund seines Menschseins zukommen, schränkt der Kulturrelativismus die Anwendbarkeit bestimmter ethischer Begriffe und Normen auf die im kulturalistischen Sinne ethnisch verstandene Kultur ein, die sie hervorgebracht hat, und hält bestenfalls eine partielle Entsprechung, keinesfalls aber eine vollständige Übersetzung in die Begriffe einer anderen Kultur für möglich.
- ¹⁹ Ein emanzipatorischer Individualismus ist etwas von rücksichtsloser Selbstsucht oder gar dissozialem Egozentrismus sehr Verschiedenes. Er beschreibt ein Gedanken- und Wertesystem, in dem das mündige Individuum im Mittelpunkt der Betrachtung steht, welches sein Leben eigenverantwortlich gestaltet. Somit ist er der Gegenbegriff zum autoritären Kollektivismus.

Download unter:

https://jfda.de/wp-content/uploads/2018/07/Eckpunkte-zur-Verteidigung-der-freiheitlichen-Demokratie-gegen-Antisemitismus FIN.pdf

6.2 Analyse der Bundestagswahl 2017

Link zur Publikation (28 Seiten):

https://jfda.de/wp-content/uploads/2018/01/JFDA-Arbeitspapier_Wahlanalyse-2017_17-01-2018.pdf

Beschreibungstext der Publikation auf der Website des JFDA:

In der aktualisierten und erweiterten Analyse geht es neben eindeutig rechtsextremistischen Parteien, insbesondere um Gruppierungen, Strömungen und Bestrebungen, die einen ethnozentriert-kulturalistischen Nationalismus propagieren.

Ausgehend von den vollzogenen Wählerwanderungen werden zentrale Einstellungen, Wert- und Normenorientierungen vor dem Hintergrund der bestehenden ökonomischen Faktoren und gesellschaftspolitischen Modernisierungsprozesse reflektiert, um Impulse für die zentrale Fragestellung zu generieren: Was bedeutet das Wahlergebnis für eine wirksame Verteidigung aufgeklärthumanistischer Werte unserer freiheitlichen Demokratie?

Zur Vertiefung empfehlen wir Ihnen außerdem die Lektüre unseres aktuellen Portfolios der JFDA-Bildungsarbeit. Hierin enthalten sind auch die Grundlagen unserer Bildungsarbeit.